

# Der Deutsche Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 50

Duisburg, den 15. Dezember 1928

29. Jahrgang



Vertrauensmann — Schmied — schmiede das Eisen der Werbearbeit

## Waffenstillstand oder Friede in Nordwest?

„Es muß aber Vorkehrung getroffen werden, daß die Gegensätze und die Auseinandersetzungen in der Schwerindustrie sich nicht wieder bis zu dem das Leben des Volkes bedrohenden Punkte ausdehnen können.“  
Der Deutsche Metallarbeiter Nr. 53/1927.

Seit unser Organ obigen Satz schrieb, ist nun fast ein Jahr vergangen. Der Kampf, den damals die Nordwestgruppe wegen der Neuregelung der Arbeitszeit führen wollte, war glücklich abgebrochen worden. Die folgenschwere Perspektive ließ 1927 — vielleicht nicht ohne Rücksicht auf die gute Konjunktur — die indu-

striellen Gemüter erschrecken vor dem, was die deutsche Volkswirtschaft ein Jahr später in unerhörtem Ausmaße zu spüren bekam.

Jetzt ist nach vierwöchentlicher „wilder“ Aussperrung der Eisenkonflikt beendet worden. Die Art der Beendigung entsprach der Größe des volkswirtschaftlichen Einsatzes, um den die Schwerindustrie würfelte. Die Reichsregierung selbst zog am 28. November, nachdem auch die letzten Versuche des Düsseldorfer Regierungspräsidenten, Einigungsmöglichkeiten zu schaffen, vergeblich gewesen waren, die Nordwestsache an sich, bestellte für Freitag,

30. November, Vertreter der Metallarbeiterverbände und der Unternehmer zu sich nach Berlin und wünschte von beiden Parteien, sich bedingungslos und ohne Vorbehalte einem neuen Spruche eines Mannes zu unterwerfen, der beiderseitiges Vertrauen genieße. Dieser Mann war der Reichsinnenminister Severing. Die Unternehmer, es waren u. a. erschienen Böglcr, Krupp, Altkner, stimmten bereits am Freitag, 30. November, bedingungslos zu, während die Metallarbeiterverbände sich Zeit bis zum 2. Dezember erbaten, um ihre Vorstände und Bezirkskonferenzen hören zu können. Alle drei Metallarbeiterverbände stimmten dann am Sonntag, 2. Dezember, der Vermittlungsaktion der Regierung zu. Unser Verband telegraphierte: „Hauptvorstand und Bezirkskonferenz des Christlichen Metallarbeiterverbandes stellen heute ihr Einverständnis zu der Stellungnahme der Beauftragten des Verbandes vom 30. November 1928 fest und haben beschlossen, den Vorschlag der Reichsregierung für die Beilegung des Eisenkonfliktes anzunehmen.“ Am Dienstag, dem 4. November, wurde die Arbeit durchgängig zu den bekannten Bedingungen wieder aufgenommen.

Mittlerweile ist Severing schon im Revier gewesen, um „seine Visitenkarte abzugeben“ und sich zu informieren. Sein endgültiger Spruch dürfte bei der Schwierigkeit der komplizierten Lohnverhältnisse und außerdem der Einbeziehung der Arbeitszeitregelung in seinen Spruch erst nach einer Reihe von Tagen zu erwarten sein.

Bei aller Notwendigkeit, die wirtschaftlichen und rechtlichen Vorgänge im Eisenkonflikt scharf im Auge zu behalten, scheint es doch heute nach vorläufigem Abschluß dieses Ringens beachtlicher und für die zukünftige Entwicklung ersprießlicher zu sein, Gedanken und Wollen darauf zu richten, für absehbare Zeit einen solchen Konflikt unmöglich zu machen oder ihn in seiner Ausdehnungsmöglichkeit und Zeitspanne so zu begrenzen, daß er solche für die Volkswirtschaft erschütternden Folgen nicht mehr zu zeitigen in der Lage ist.

Das erscheint uns wichtiger, als heute hervorzuheben und mit Tatsachen zu belegen, auf welcher Seite im Eisenkonflikt Fehler gemacht wurden, die die Position der Metallarbeiter in ihrem Rechtsstandpunkt und in der öffentlichen Meinung nicht berücksichtigte.

Die Lebensfrage lautet: Was soll werden? Ist es nach diesem Konflikt überhaupt noch möglich, in ein annehmbares Verhältnis zueinander zu kommen? Ist nicht zuviel Vertrauen zerstört, das sich nicht wiedererwecken läßt? Soll diese Schlüsselindustrie ein neuer Unruheherd sozialer Unzuträglichkeiten werden, oder bestehen Möglichkeiten, auf Grund deren ein besseres Zusammenarbeiten erfolgen kann?

Wenn wir diese Fragen scharf und präzisiert heransstellen und sie zu beantworten versuchen, dann deshalb, um zu zeigen, daß wir — bei aller Wucht und Energie, mit denen wir führend im Kampf standen — dieses Ringen nicht als eine dauernde, prinzipielle Angelegenheit betrachten, sondern als eine Erscheinung, die zwar von ungeheurer Tragweite und für die seelisch Einstellung der Nordwestgruppe von vielleicht oder hoffentlich tiefer Einwirkung ist, die jedoch kein Dauerzustand sein sollte. Wenn wir das betonen, stehen wir auf dem Grundgedanken unserer Organisation, des Christlichen Metallarbeiterverbandes.

Die „wilde“ Aussperrung in der Nordwestgruppe hat in scharfen Linien einen Mißstand herangestellt, der sich mehr oder weniger bei allen Industrien findet, nämlich das einflussreiche Ueberwiegen der Syndikatsherrschaft über den Typ des Unternehmers, sei es, daß er noch persönlicher Unterneh-

mer ist oder leitend an der Spitze großer Werke steht. Die Kälte im Verhältnis von Unternehmern und Arbeitern ist nicht zuletzt auf diesen Zustand zurückzuführen. Der Mann spitzfindig ausgeklügelter Paragraphen versteht im allgemeinen den Pulschlag des sozialen Willens nicht, der durch die Arbeiterschaft geht, und er ist zu leicht geneigt, das Streben nach Mit-Verantwortung-tragen seitens der Arbeiterschaft aus dem Buckloch einseitiger juristischer oder ständischer Abgeschlossenheit zu betrachten. Daraus erwachsen dann jene Komplikationen, die man, einmal in Schwung gekommen, gar nicht mehr bändigen kann. Man verläßt sich auf eine abstrakte Macht, ohne die Imponderabilien zu berücksichtigen, die ausschlaggebend ein ganzes Ringen beeinflussen müssen. Es kommt ja nicht von ungefähr, daß die führenden Köpfe der deutschen Schwerindustrie das in Berlin wieder einzurenken gezwungen waren, was die Politik der Syndikats angerichtet hatte. Was in England unter dem Chemiegewaltigen, Sir Mond, möglich war, nämlich in direkten Verhandlungen mit führenden Leuten der Gewerkschaften einen großen Wurf zur Bereinigung der sozialen Atmosphäre zu tun, warum ist das in Deutschland so fast aus dem Bereich der Möglichkeit herausgerückt? Es gab eine Zeit, wo auch die deutsche Schwerindustrie ganz anders über Gewerkschaften und Hüttenarbeiterschaft redete (siehe Artikel „Die Hüttenarbeiterschaft im Lichte von Nordwest“). Wir möchten nicht ohne weiteres annehmen, daß nur die Nähe der Revolution von 1918 diese Worte diktierte.

Im tiefsten Grunde stimmen die Belange der Industriellen mit denen aller Schaffenden vielseitig überein. Der Unternehmer handelt nicht nur im Sinne des Gesamtwohls, sondern auch des eigenen Wohls, wie Trauer einmal mit Recht sagte, wenn er sich für das Recht der schaffenden Arbeit miteinsetzt. Allgemeine Richtlinie in der Preis- und Lohnfestsetzung sollte sein, daß der Wohlstand aller Schichten sich mindestens im gleichen Maße zu heben hat, wie die Produktivität des Wirtschafts- und Arbeitsprozesses steigt. Der Lohn des Arbeiters, dessen Leben und Existenz daran hängt, sollte nicht lediglich als mechanisch zu verschiebender Teil der Produktionskosten behandelt werden. Der Wille, hier klar zu sehen und zu handeln, muß, das betonte der Industrielle Bosch, von den Unternehmern ausgehen.

Das Verantwortung-tragen-wollen, das besonders in der christlichen Arbeiterschaft lebendig ist, ist keine Herrschsucht über die tote Materie, sondern das Bereitsein, eine große Arbeit auf sich zu nehmen und im Bewußtsein ihres Wertes das wahr zu machen, was sie in Wirklichkeit ist, eine volkswirtschaftliche Kraft und ein Organ der Wirtschaft. Diese notwendige Verbundenheit muß zu größerer Aufgeschlossenheit, zu größerer Publizität der Werke führen. Man mache sich doch nichts vor. Das Ausland weiß über die innere Lage des Werkes, über Gestehungskosten, Lohnanteil am Produkt genau Bescheid, alles Sachen, die man dem deutschen Arbeiter und ihren Führern sorgsam vorenthält. Ist denn das Ringen auf dem Weltmarkt nicht letztlich eine gemeinsame Angelegenheit von Unternehmern und Arbeitern? Hat das Unternehmertum weniger Interesse an der Stärkung der Kaufkraft des Lohnes als der Arbeiter? Ist die Stärke und Gesundheit der Industrie lediglich eine Sache des Unternehmers oder fühlt sich der Arbeiter nicht doch auch daran gebunden und dafür verpflichtet? Gibt es keine Preisaktionen? Die Unterlebung der Lage der Industrie durch Treuhänder beider Parteien und die Konsequenzen daraus würden ungemein zur Entgiftung der sozialen Spannung beitragen. — Warum ist das in Deutschland bis heute noch unmöglich, was in der englischen Schwerindustrie seit 1889 sich segenerreich auswirkt?



Reichsinnenminister Severing

Erschwerend fällt gerade bei der Nordwestgruppe, deren Lohnpolitik an sich schon ein Buch mit sieben Siegeln ist, das geringe Verständnis für die Existenzgrundlage eines großen Teils der Arbeiterschaft ins Gewicht. Kaum eine Industrie kennt solche Lohnspannen, mit deren ersten Männer man zwar paradiere kann, deren Hilfsarbeiter jedoch knapp am Hungern vorbeikommen. So etwas muß auf die Dauer zu starken inneren wirtschaftlichen Spannungen führen, die noch dadurch verschärft werden, daß man in der Nordwestgruppe zwei verschieden geartete Industrien, schaffende und verarbeitende Industrie, in einem Tarif zusammengefügt hat.

Der Möglichkeit eines neuen Konfliktes müssen neue rechtliche Dämme entgegen gesetzt werden. Nordwest sperrte aus, trotzdem ein verbindlich erklärter Schiedspruch vorlag. Die Regierung sah sich nicht in der Lage, es zu verhindern oder rückgängig zu machen, weil eben in der Gesetzgebung eine böse Lücke war. Entweder wir haben eine Verbindlichkeitserklärung oder wir haben keine. Haben wir eine, dann muß gesorgt werden, daß der Staat nicht in die Gefahr kommen darf, daß seine Autorität durch Nichtbeachtung der Verbindlichkeit gefährdet ist. Es wird zu den wichtigen Aufgaben der Gesetzgebung der nächsten Zeit gehören, wie man solche Lücken schließen kann und wie das Gesetz zu ergänzen sei, damit sich solche Vorkommnisse nicht so leicht wiederholen können oder gar noch böhere Folgen haben, als es bei diesem Eisenkonflikt der Fall war. Darauf zielte auch die Tendenz des „Notgesetzes zur Deffnung der Betriebe“, von dem in der letzten Zeit so viel die Rede war und das mit Sozialisierung oder Einbruch in das Privateigentum gar nichts zu tun hatte, sondern nur ein für beide Teile geltendes Recht zur Sicherung für verbindlich erklärte Schiedsprüche schaffen wollte.

Es wird wohl noch längerer Zeit bedürfen, bis der Schutt dieses Konfliktes aus der Welt geschafft ist. Es gilt jedoch, ihn bald zu beseitigen; denn es hat keinen Zweck, feindliche Spannungen krampfhaft festzuhalten, wo die deutsche Gesamtwirtschaft und das deutsche Volk ein Einsetzen aller Kräfte verlangen. Es ist notwendig, aus diesem Land hoher geistiger Kultur endlich auch ein Land hoher sozialer Kultur zu schaffen, ein Wunsch, zu dessen Erfüllung solche Konflikte freilich die größten Hemmnisse sind.

Wir als christliche Metallarbeiter, die den Frieden von Anfang an wollten, dürfen das alles sagen, weil wir das Bewußtsein haben, stark, überlegen, aufopferungstrotz zu sein. Das Gefühl, auch den schwierigsten Situationen gegenüber gewachsen zu sein, mit dem starken Schlag des Herzens, das angefüllt ist mit Aufgaben und getragen von einem Willen, die Wagemut verlangen.

Dieser Konflikt hat riesige finanzielle Opfer von der Verbandsklasse verlangt. Der Christliche Metallarbeiterverband zeigte, was er leisten konnte. Im Interesse der Kollegen von Nordwest haben die Kollegen in den Randgebieten „langsamen Schritt“ in den Lohnbewegungen gemacht. Aber war ein Opfer nicht das andere wert? Die Kollegen in den Randgebieten opferten, damit die Kollegen in Nordwest den Kampf, der um Recht und Staatsautorität geführt wurde, bestehen konnten. Jetzt gilt es aber auch, die agitatorischen Konsequenzen ziehen. Bei uns selbst durch Einklassierung in die richtige Beitragsklasse, bei den Unorganisierten zur Stärkung unserer Front.

Unser Wunsch aber ist, daß aus dem Winter dieses Konfliktes der Frühling einer Verständigung und eines dauerhafteren Friedens in der Schwerindustrie erwachsen möge. G. W.

## Der Streit in Nordwest und die Oeffentlichkeit

Man muß weit in den Annalen der deutschen Arbeiterbewegung zurückblättern, wenn man auf eine Bewegung stoßen will, die so sehr die Oeffentlichkeit zu Stellungnahmen gezwungen hat, wie der Eisenkonflikt. Das lag zunächst an der Wichtigkeit der Industrie, die als Schlüsselindustrie in Frage kam und deren Konflikt binnen kurzer Zeit schwerste Folgen im ganzen deutschen Wirtschaftsleben zeitigte; dann aber auch, weil im deutschen Volke, gleich welcher Parteirichtung und Anschauung der Gedanke sofort klar emporstieg: hier liegt ein Vergehen gegen ein bestehendes Gesetz vor. Rechtsbrüche gutzuheißen oder ihnen Beifall zu zollen, ist nie ein Charakterzug des deutschen Menschen gewesen. In dem Falle kommt es für ihn gar nicht in Betracht, ob der Staat etwa republikanisch oder monarchistisch regiert wird. Er verurteilt den Rechtsbruch.

So konnte es denn auch nicht ausbleiben, daß die höchsten Gewalten, die religiösen Gemeinschaften und die politischen Kräfte sich klar und eindeutig zum Eisenkonflikt auszusprechen suchten. Der Eisenstreit war der Prüfstein für den sozialen Sinn, der in den Konfessionen und politischen Gebilden Deutschlands lebt.

Geschlossen standen die Kirchen, die Katholische und evangelische Kirche auf dem Boden des Rechtes. Es war ihre Pflicht und ihr Verantwortungsbewußtsein, das sie immer zum Frieden mahnen ließ; aber sie ließen keinen Zweifel darüber, auf welcher Seite das Recht sei. Katholische Kirchenfürsten, die Bischöfe von Münster und Paderborn, forderten zu Kollekten für die Ausgesperrten auf; die Ortsgeistlichkeit erhob freimütig ihre Stimme für die Metallarbeiterschaft, ja als in einem münsterländischen Industrieort sich die Kollekteure — auf einen Druck von außen hin — weigerten, die vorgeschriebene Kollekte vorzunehmen, ging die Geistlichkeit selbst mit dem Klingelbeutel rund. Eine in ihrer moralischen Tragweite weitgreifende Tat. Die Führer der evangelischen Kirche wandten sich an die Reichsregierung mit der Bitte, dem Recht zum Siege zu verhelfen. Gleicherweise arbeiteten auf katholischer und evangelischer Seite die konfessionellen Standesvereine. Ihnen allen weiß die Metallarbeiterschaft tiefgefühlten Dank.

Getrennter war die Stellungnahme der politischen Parteien zum Eisenkonflikt. Von den Parteien insgesamt hatte

unzweifelhaft das Zentrum die Führung. Nicht nur im Reichstag, sondern auch im Landtag. Durch seine Initiative wurde auch die Unterstützung der Ausgesperrten ermöglicht. Bedeutend waren seine Anträge zur Verbesserung des Schlichtungswesens. Selbst wenn man der Deutschen Nationalen Volkspartei zugute hält, daß sie sich in der Opposition befindet, so wird man für ihre Gesamthaltung wohl ebensowenig Verständnis aufbringen können, wie für diejenige der Deutschen Volkspartei. Es ist bedauerlich, daß die Deutsche nationale Volkspartei nicht das Maß an sozialem Weitblick in diesem Falle zeigte, das man bei ihr als einer Partei, die sich auf dem Boden christlicher Weltanschauung befindet, voraussetzen das Recht hätte. Wir müssen in diesem Zusammenhang verweisen auf die Artikelserie unseres Organs „Eisenkonflikt und politische Parteien“, in der führende Leute der bürgerlichen Parteien zu dem Standpunkt ihrer Partei sich kritisch äußern.

Die deutsche Presse hat sich im allgemeinen ihrer großen Tradition, das Recht zu schützen, würdig erwiesen. Selbst weit rechtsstehende Blätter betonten stark den Standpunkt der Gewerkschaften. Daß eine Anzahl bürgerlicher Blätter eine gegenteilige Stellung einnahm war nicht zu verwundern. Bemerkenswert ist nur ihre geringe Zahl. Die große deutsche Presse, soweit sie nicht unter dem Hugenberg- und Reusch-Regime stand, berichtete objektiv und im allgemeinen dem Ernst der Sachlage angemessen. Ihre Artikel gegenseitig auszutauschen, beliebten anscheinend im Ruhrgebiet das kommunistische „Ruhr Echo“ und die schwerindustrielle „Bergwerkszeitung“. Die Ortspresse des Ruhrgebiets, fleißig, eifrig, unterstrich bedenklich den Rechtsstandpunkt der Gewerkschaften. Die beste und schärfste Waffe in der Oeffentlichkeit aber war unsere Zeitung „Der Deutsche“, der unentwegt und mit viel Geschick die öffentliche Meinung bis hinein in die Regierungskreise bearbeitete. Unsere Kollegen mögen aus dieser tapferen Haltung des „Deutschen“ ihre Konsequenzen ziehen und ihn noch stärker abonnieren.

Eine wesentliche Erleichterung zur Durchhaltekraft der Metallarbeiter schafften die Konsumvereine und auf unserer Seite die vier großen Konsumvereine des „Reichsverbandes deutscher Konsumvereine“ im Ruhrgebiet: Eintracht-Dortmund,

Wohlfahrt-Essen, Selbsthilfe-Duisburg, Selbsthilfe-Düsseldorf. Ihre Aktion war ebenso großzügig wie von edlem Geiste der Waffenbrüderschaft getragen. Sicherlich lernt die Metallarbeiterschaft den Wert dieser unserer Genossenschaften jetzt erst recht einsehen und vergleicht damit dann die Handlungsweise der Werkskonsumanstalten. Der Christliche Metallarbeiterverband dankt den genannten Konsumgenossenschaften und fordert seine Mitglieder auf, als Ausdruck dieses Dankes sich stärkstens in den Konsumgenossenschaften zu „betätigen“ und neue Genossen zu werben.

Daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung und die deutsche Gewerkschaftspresse geschlossen hinter den ringenden Verbänden stand und auch gewillt war, nötigenfalls Opfer dafür zu bringen, ist für jeden selbstverständlich, der den inneren Zusammenhang in der deutschen Gewerkschaftsbewegung kennt. Auch über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus, bei unserer christlichen Gewerkschaftsinternationale, rief das Ringen in Nordwest lebhafteste Anteilnahme hervor. Eifrig wurde die Presse des Aus-

landes, soweit eben angängig, durch unsere Internationale bearbeitet.

Wohin man auch blickte, es war in Deutschland eine fast geschlossene Front für das Recht der Metallarbeiterschaft. Die Schwerindustrie hatte wohl nicht geglaubt oder selbst nicht einmal für möglich gehalten, daß ihr Anschlag auf Recht und Staatsautorität eine solche weitgreifende Wirkung haben könnte. Auch Organisationen, die auf anderem Boden stehen, des Mittelstandes, des Handwerks, des Handels, alle waren mehr oder weniger einig in der Ablehnung dieses schwerindustriellen Angriffs.

Ein großes und bedeutames Ringen ist zu Ende gegangen. Die Metallarbeiterschaft gab ein stolzes Bild der Einigkeit und Disziplin, die nicht zuletzt wesentlich die Haltung der Öffentlichkeit beeinflusst haben. Die Öffentlichkeit aber hat hoffentlich einsehen gelernt, welche Kräfte im sozialen Gefüge notwendig sind, um den Uebergriffen einer Schicht gegenüberzutreten und das Recht der unteren Schichten zu schützen. Wbr.

## Die Hüttenarbeiterschaft im Lichte von Nordwest

Der Arbeitgeberverband für den Bezirk der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat gewiß zu keiner Zeit seinen Arbeitern und ihren Gewerkschaften etwas geschenkt. Aber es hat doch Zeiten gegeben, wo er ihre Leistungen anerkennen mußte und wo er auch sonst für dasjenige war, was er jetzt bekämpft. Dieses ist, trotz allem Winden und Drehen sowie trotz aller Kritik gegen Gewerkschaften und soziale Staatsmaßnahmen, geschehen in den Geschäftsberichten, die dieser Verband in den ersten Jahren der Nachkriegszeit veröffentlichte.

Die nachstehenden Auszüge aus diesen Berichten sind aber auch sonst von großem Interesse; sie zeigen insbesondere auch die starken Wandlungen, die sich in diesem Verband vollzogen haben.

Der XV. Geschäftsbericht für die Jahre 1918-1919 stellt fest:

„Die rheinisch-westfälische Eisen- und Stahlindustrie war von den großen Ausständen, die zu Anfang des Jahres 1918 sich auf die gesamte Rüstungsindustrie erstreckten, fast völlig unberührt geblieben. Ueberhaupt hat, von den vereinzelten Lebensmitteldemonstrationen abgesehen, das Arbeitsverhältnis in unserem Gebiet während des Krieges keine nennenswerten Störungen erlitten.“

Generaldirektor Dr. Wöglers bestätigte dieses am 14. April 1918 auf einer Kundgebung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute zu Düsseldorf mit folgenden Worten und fügte hinzu:

„Als vor wenigen Monaten in maßloser Verblendung deutsche Arbeiter die Arbeit niederlegten, hat in den Eisenhütten kein Mann den Hammerschlag, den Hammer, die Walze verlassen. Den Eisenhüttenarbeitern soll dieses nicht vergessen werden.“

Dieser Geschäftsbericht erwähnt weiter, daß die Arbeitgeber „die volle Unterstützung der Gewerkschaftsvertreter“ gefunden hätten im Kampfe gegen wilde Beseitigung von Betriebsleitern und Werksbeamten. Auch das spontane „Hinwerfen der Brocken“, und das Streikfieber der Zeit sei auf diese Weise kaum in Erscheinung getreten oder niedergehalten worden. Ferner wäre der Mißbrauch mit der durchgehenden Arbeitszeit von den Gewerkschaften ebenso bekämpft worden wie von den Arbeitgebern. Weiter hätten die Gewerkschaften das Bestreben auf Beseitigung der Akkordarbeit mißbilligt.

Ebenso stellt auch der XVI. Geschäftsbericht für die Jahre 1919/20 fest, „daß es zumal von gewerkschaftlicher Seite nicht an Versuchen gefehlt hat, putschistische Streiks zu verhindern“. Wilde Betriebsräte und Streiks um den Steuerabzug seien an dem einmütigen Willen der Arbeitgeber und der Gewerkschaften gescheitert. Diese Gemeinsamkeitsarbeit habe überhaupt dazu beigetragen, „unser Wirtschaftsleben vor schwersten Erschütterungen zu bewahren“.

Der XVII. Geschäftsbericht für die Jahre 1920/21 setzt an seine Spitze den Satz:

„Die Arbeitsleistung der Gesamtheit der Arbeiterschaft ist gestiegen.“ An anderer Stelle heißt es: „... eine wirksame Abwehr der Anarchie ist nur denkbar, wenn es gelingt, die Massen bei der Arbeit zu halten. Das ist das Entscheidende. Arbeitslosigkeit in Deutschland ist der Herd des Weltbolschewismus.“

Beim Kapitel „Wilde Streiks“ wird wiederum gesagt: „Es verdient besondere Erwähnung, daß bei den unionistisch-syndika-



Junie

Ruhrgebiet

listischen Versuchen, die Arbeiterschaft in einen Generalstreik hinein-zutreiben, die Gewerkschaften entschieden gegen die Störung unseres Wirtschaftslebens Stellung genommen haben." Wenn ein praktischer Erfolg der Arbeitsgemeinschaft nach ihrem dreijährigen Bestehen unbedingt zu buchen sei, so sei es der, "daß die Arbeitnehmer, als Gewerkschaften genommen, das ehrliche Bestreben zeigen, durch Vereinbarungen mit dem Arbeitgeber die Schwierigkeiten zu beseitigen, die geeignet sind, den Gang des Wirtschaftslebens zu stören oder gar zum Stillstand zu bringen".

Auch der XVIII. Geschäftsbericht für die Jahre 1921/22 stellt fest:

"Verglichen mit den Verhältnissen in den anderen Teilen Deutschlands kann die Arbeitsleistung im Gebiet unseres Verbandes als gut bezeichnet werden." Ein größerer Kampf sei in Düsseldorf ge-

führt worden zur Durchführung eines Schiedspruches des Reichs- und Staatskommissars, der damals einstimmig mit den beiden Parteien entnommenen Beisitzern gefällt worden sei. Die Arbeitgeber hätten hier nicht allein um die Lohnfrage gekämpft, sondern in erster Linie um die Wahrung, Erhaltung und Durchführung des Gedankens der Lohntreue und der Autorität scheidrichterlicher Behörden und der Vertragsparteien." Hier sei nicht zuletzt gekämpft worden für die Erhaltung der Staatsautorität. Diese Haltung sei durch das Reichsarbeitsministerium erschwert worden, das sich nicht entschließen konnte, den Schiedspruch für verbindlich zu erklären. (!!)

Die weiteren Berichte stehen uns leider nicht zur Verfügung. Für den Zweck dieser Zeilen genügen aber auch die vorliegenden. Eine nähere Besprechung erübrigt sich, denn diese eigenen Feststellungen von früher kennzeichnen das jetzige Verhalten von Nordwest von selbst.  
W. Mauer.

## Agitatorische Folgerungen aus dem Eisenkonflikt

Klarer als je liegt heute die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Zugehörigkeit vor aller Augen. Die "wilde" Aussperrung der Nordwestgruppe dürfte ein Menetekel nicht nur für die gesamte deutsche gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft sein, sich mit verstärkter Kraft der Organisation zu widmen, sie ist ein deutliches Mahnzeichen an alle Unorganisierten, den einzig notwendigen Weg zum Verbandszuge zu gehen. Unseren Kollegen erwachsen jetzt große Aufgaben, nämlich diesen Eisenkonflikt geschickt und nachhaltig in der Werbearbeit auszunutzen.

Die Arbeiter haben nur dann im wirtschaftlichen, sozialen, politischen und gesellschaftlichen Leben einen bedeutenden Einfluß, wenn ihre Organisationen, die Gewerkschaften, über beträchtliche Mitgliederzahlen verfügen. Ohne eine zahlenmäßig starke Organisation ist eine erfolgreiche Arbeit im Interesse der Arbeiterschaft dauernd nicht möglich. Darum ist auch die Agitation für den Verband nicht nur der Schlüssel zur Erhöhung der Mitgliederzahl, sondern auch zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie des geistigen, kulturellen und gesellschaftlichen Aufstieges der Arbeiterschaft.

Wer erfolgreich Agitationsarbeit leisten will, muß über die Einrichtungen des Verbandes sowie über seine Zweck- und Zielsetzung genau unterrichtet sein. Wie ein Kaufmann wissen muß, welche Ware und in welcher Qualität er sie vorrätig hat, und an welche Kreise von Käufern er sich wenden muß, wenn er seine Ware absetzen will, so muß auch der Gewerkschaftler wissen, welche Aufgaben seine Organisation hat und in welchen Kreisen er für seine Ideen Propaganda zu machen hat.

Er muß vor allen Dingen wissen, wie es in den einzelnen Bezirken, Betrieben und Berufen mit dem Organisationsverhältnis bestellt ist. Daher muß jeder Agitator, sei er hauptberuflich oder als Mitarbeiter tätig, sich zunächst ein genaues Bild darüber machen, wieviel Betriebe der Groß- und Kleinindustrie und des Metallhandwerks in seinem Tätigkeitsbereich vorhanden und wieviel Metallarbeiter, Arbeiterinnen, jugendliche Arbeiter und Lehrlinge in diesen Betrieben und Werkstätten beschäftigt sind. Wir begehen vielfach den unverzeihlichen Fehler, nur die Betriebe zu beachten, die einen großen Schornstein haben, mit anderen Worten: wir bekümmern uns nur um die Arbeiter der Industrie, vielfach auch nur der Großindustrie, und lassen die nach Millionen zählenden Kleinbetriebe und des Handwerks außer Betracht. Nach der neuen Berufszählung zählt allein das Metallhandwerk rund eine halbe Million beschäftigte Personen, ist also mindestens so bedeutungs-

voll wie das Bau-, Holz- oder ein anderes Gewerbe. Die Schlossereien, Schmiedereien, Klempnereien, Elektro-, Mechanikerbetriebe und viele andere kleingewerbliche Berufszweige dürfen also bei der Zusammenstellung der Betriebe und der darin beschäftigten Arbeiter nicht fehlen.

Für jeden Agitator ist von besonderer Wichtigkeit, das in einzelnen Betrieben und Werkstätten bestehende Organisationsverhältnis genau festzustellen.

In jedem Betriebe, auch mit nur wenigen Arbeitern, muß mindestens ein Arbeiter zum Vertrauensmann des Verbandes gemacht werden. Sind Lehrlinge dort beschäftigt, so ist auch ein besonderer Vertrauensmann aus der Zahl der Lehrlinge zu erwählen.

In Betrieben mit Vertrauensleuten kommt der Verband besser vorwärts, weil er hier bereits Stützen hat, die den Organisationsgedanken im Betriebe nicht nur halten, sondern auch mehren.

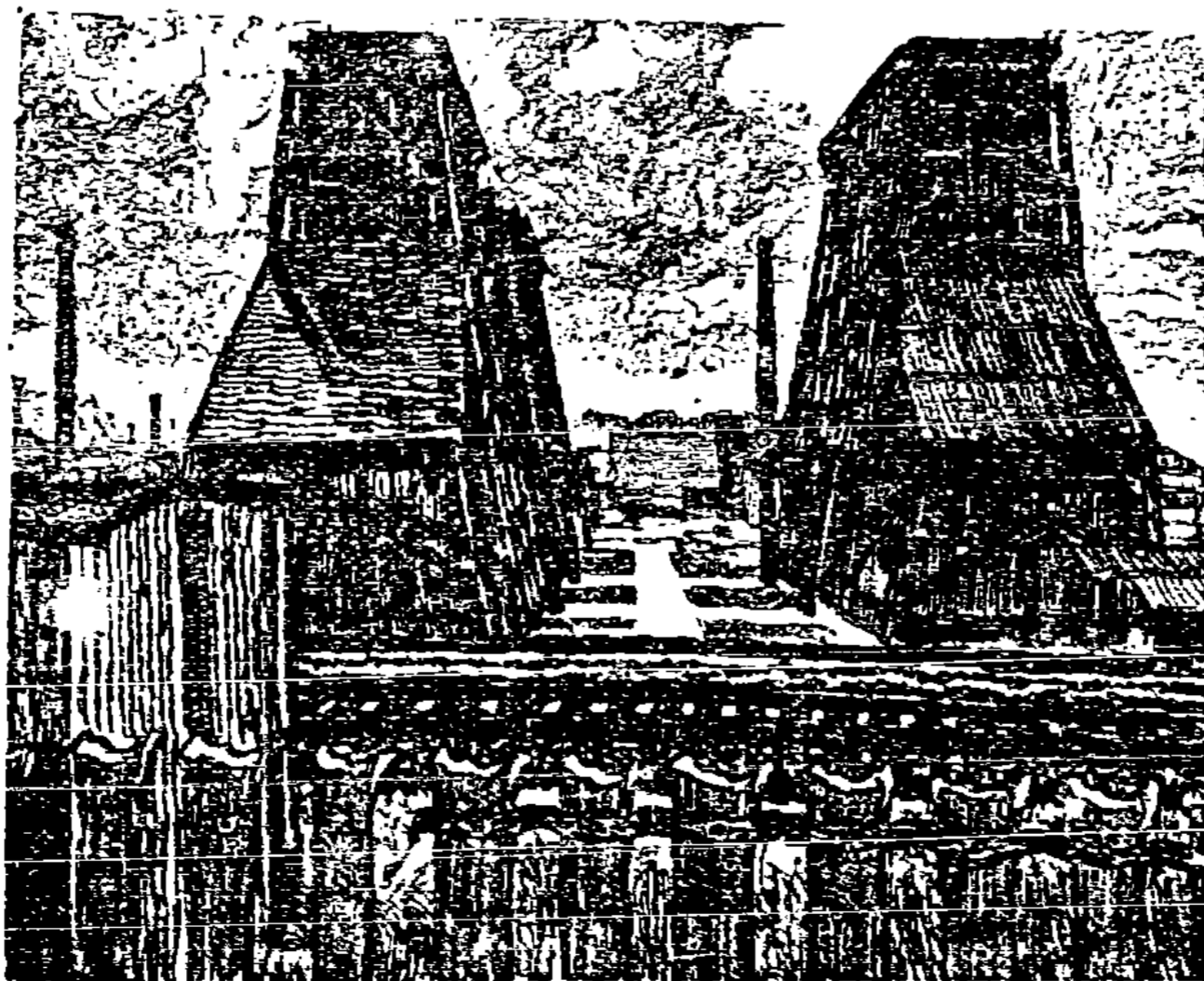
In unserer Agitation haben wir zwei Unterscheidungen zu machen, und zwar nach folgenden Richtungen:

1. Allgemeine Agitation zur Gewinnung aller im Metallberuf Tätigen;
2. Spezialagitation nach Geschlecht, Alter und Berufszugehörigkeit.

Die allgemeine Agitation muß einsetzen an der Stätte der eigentlichen gewerkschaftlichen Tätigkeit: im Betrieb oder in der Werkstatt! Hier arbeitet der christlich organisierte Kollege neben dem christlich-Unorganisierten, aber auch neben dem falschorganisierten und dem Gegner seiner Gesinnung und Anschauung.

Jeder organisierte Kollege muß wissen, welche Geistes Kinder seine Nebenkollegen sind. Vielfach wissen die Mitglieder oder sogar die Vertrauensleute nicht, ob ihre Nebenkollegen einer Organisation angehören oder nicht. Das ist natürlich eine üble Erscheinung, denn das sieht so aus, als wenn der Verbandsbruder sich schämte, seine Mitarbeiter nach der Zugehörigkeit zum Verband zu fragen. Ja, es ist oftmals vorgekommen, daß selbst Verbandsmitglieder längere Zeit nebeneinander arbeiteten, ohne gegenseitig Kenntnis von der Zugehörigkeit zum Verbandszuge zu haben. Wie leicht hätten diese in gemeinschaftlicher Arbeit dem Organisationsgedanken breiteren Raum verschaffen können.

Die Mitglieder unseres Verbandes müssen sich in den Betrieben frei und offen als christliche Gewerkschaftler bekennen



Kühltürme

und betätigen, denn nur dann werden sie als organisierte Arbeiter geachtet und gewertet und der Organisation werden zunächst Freunde, dann Mitglieder zugeführt.

Unter der allgemeinen Agitation ist weiter zu nennen: die **Bauagitation**, also die Betriebsagitation für alle bausewerblichen Metallarbeiter wie Bau Schlosser, Klempner und Installateure, Elektriker, HeizungsMonteure, sonstige Monteure aller Art, Eisenkonstruktoren und andere.

Die Bauarbeiterverbände und deren Beamte haben in starkem Maße ihre Mitglieder auf den Baustellen gewonnen. Die Firmenschilder an den Bauten müssen unseren Kollegen ein großes Aufzeichen zur Agitation sein. Wer die Bauagitation übernimmt, wird sicherlich Erfolge haben. Am besten ist es, wenn sich unsere Mitarbeiter mit den auf den Bauten beschäftigten christlich-organisierten Bauarbeitern, Maurern, Zimmerleuten, Dachdeckern und anderen Bauarbeitern in Verbindung setzen und diese zur Mitagitation unter den Metallarbeitern zu gewinnen suchen.

Als weitere Stelle ist zu nennen die **Agitation in den Versammlungen**.

In diesen Nachkriegsjahren sind hier Tausende von Mitgliedern dem Verbandszugeführt worden. Auch heute ist es durchaus nicht unmöglich, in öffentlichen Versammlungen Kollegen für den Verband zu gewinnen wenigstens für die Gewinnung vorzubereiten. Die Anregungen, die unsere Kollegen in den Rieserversammlungen zum Eisenkonflikt erhielten, müssen stärkstens ans gewertet werden. Wo man glaubt, mit Versammlungen nicht viel anfangen

zu können, dürfen sie dennoch nicht unterbleiben, denn sie sind notwendig, um die Begeisterung für unseren Verband hoch zu halten und zu fördern, um für eine durchbrechende Agitation die Grundlagen zu schaffen, sowie Forderungen und Wünsche der Mitglieder zu beraten und zu beschließen. Wo das Versammlungsweien im arden liegt kann eine Agitationsarbeit überhaupt nicht geleistet werden. Wo es damit aber gut bestellt ist, wirkt es an sich in hohem Maße agitatorisch.

Weiter ist zu erwähnen die Agitation in den **konfessionellen Arbeiter-, Gesellen- und Jünglingsvereinen**.

Hier gibt es neben vielen Unorganisierten auch noch manche falsch Organisierten. Unsere Mitglieder müssen aber in den konfessionellen Vereinen selbst mit tätig sein, denn sonst sind sie dort schnell abgemeldet und können einen namhaften Einfluß auf die gewerkschaftlich Organisierten nicht ausüben. Zur Übernahme von gewerkschaftlichen Vorträgen in den konfessionellen Vereinen müssen unsere dazu geeigneten Kollegen jederzeit gern bereit sein.

Um die Agitation unter den Mitgliedern der konfessionellen Vereine erfolgreich betreiben zu können ist es notwendig, die Vereinsmitgliedsliste einer genauen Prüfung zu unterziehen und festzustellen, wer organisiert ist und in welchem Verband, um dann die Mitglieder auch evtl. in ihrer Wohnung aufsuchen zu können, da ja ein großer Teil der Vereinsmitglieder in die Versammlungen nicht hinein kommt.

(Schluß folgt.)

W. Gröne-Essen.

## Der Eisenkonflikt und die politischen Parteien

Der Eisenkonflikt war ein Prüfstein nach Sinn und Haltung zum sozialen Gedanken in den verschiedenen politischen Parteien. Unser Verbandsorgan kann deshalb an der Stellung der politischen Parteien zum Eisenkonflikt nicht vorübergehen, ohne seine Meinung dazu zu sagen. Bei dieser Stellungnahme lehnen wir natürlich jede parteipolitische Beeinflussung ab, das sind wir unserer parteipolitischen Neutralität schuldig.

Wir möchten an erster Stelle dem Hauptvorstandsmitglied der **Deutschnationalen Volkspartei**, unserem an der Verbandszentrale tätigen Kollegen **Karl Duden**, das Wort geben, der, an hervorragender Stelle im evangelisch-kirchlichen Leben stehend, besonders auch in diesen Kreisen während des Eisenkonfliktes im Arbeiter- und Verbandsinne gewirkt hat. Die Red.

Wohl kaum je zuvor hat ein Wirtschaftskampf dermaßen die Öffentlichkeit und die Parlamente beschäftigt, wie das bei der **November-Auswertung** in der Nordwestlichen Gruppe der Eisenindustrie der Fall war. Und weil es sich um eine „wilde“ Aussperrung handelte, war die Haltung der gewerkschaftlich organisierten als auch der übrigen Arbeiterschaft, wenn man von den Kommunisten abläßt, von seltener Einmütigkeit. Eine vom **Verbande evangelischer Arbeitervereine** von Rheinland und Westfalen am 3. November gefasste Entschliebung, daß die gegen geltendes Recht durchgeführte Aussperrung die Staatsautorität zu untergraben geeignet ist, und daß man sich für den Sieg des Rechts einsetzt, wurde in Nr. 46 unseres Verbandsorgans veröffentlicht.

Ebenso haben die politisch zur **Deutschnationalen Volkspartei** stehenden Arbeitergruppen, die im **Deutschnationalen Arbeiterbund** zusammengeschlossen sind und dessen Vorsitzender ich im 23. Wahlkreis Düsseldorf-West bin, am 3. November erklärt, daß die trotz der Verbindlicherklärung des Schiedsspruches erfolgte Aussperrung als ein **Gewaltakt** angesehen werden muß, der das erst in junger Entwicklung stehende deutsche Arbeitsrecht in seinen Grundlagen zu erschüttern geeignet ist: daß eine Feststellungsfrage über die etwaige Rechtswirksamkeit des Schiedsspruches auch erfolgen konnte, ohne die Belegfakten auf die Straße zu werfen und damit Hunderttausende brotlos zu machen, und daß die **Deutschnationale Volkspartei** eine wilde Aussperrung genau so verurteilen müßte, wie sie bisher wilde Streiks verurteilt habe. Eine **Compagnieerklärung** des **Deutschnationalen Arbeiterbundes** von Berlin, Brandenburg und Grenzmark, in der auf die praktische Bedeutungslösung

zeit der **Werksgemeinschaft** hingewiesen und der **Anschluß** an leistungsfähige, bewährte Berufsorganisationen empfohlen wird, fand in Nr. 49 unseres Verbandsorgans **Annahme**.

Wie sieht nun gegenüber dieser eindeutigen Stellungnahme **deutschnationaler Arbeiter** die Haltung der **Deutschnationalen Volkspartei** aus? Im **Preussischen Landtag** wurden am 6. und 7. November **Interpellationen** verschiedener Fraktionen beraten. Die **Deutschnationale Fraktion** war der an sich verständlichen Ansicht, daß man über Dinge, für die der **Reichstag** zuständig ist, im **Landtag** nicht unnötig lange reden, sondern die **Reichsregierung** zum baldigen Eingreifen auffordern sollte. Deshalb vermied man, je einen **Arbeitnehmer- und Arbeitgeberabgeordneten** im **Plenum** reden zu lassen, und man stellte in der Person des **Senatspräsidenten Dr. Deereberg** einen **Juristen** als **Fraktionsredner** heraus, dem selbst das „**Berliner Tageblatt**“ in Nr. 530 nachsagte, daß **Abg. Deereberg** seinen Ruf, einer der besten Redner des Hauses zu sein, in jeder **Beziehung** rechtfertigte, obgleich er ein **Plädoyer** zugunsten der **Arbeitgeber** hielt das aber gegen seinen Willen mehr als einmal zu **Anklagerede** wurde.

Leider ist **Herr Abg. Dr. Deereberg** an entscheidender Stelle seiner Rede die auch noch als **deutschnationale Klageschrift** Verbreitung gefunden hat, einem **Irrtum** zum Opfer gefallen. Er vertrat die Ansicht, daß der **Schiedsspruch**, der eine **Lohnerhöhung** ab 1. November vorsehe, **soll kommen in eine Leerfall** müsse, weil er die zum 31. Oktober gekündigten und **beendeten Arbeitsverhältnisse** nicht mehr treffen könne. **Satürlich** traf aber der **Schiedsspruch** noch die **Arbeitsverhältnisse**, da er mit seiner **Verbindlicherklärung** am 31. Oktober **mittags in Kraft trat**, und nicht etwa erst am 1. November. Denn es heißt ausdrücklich im **Schiedsspruch**: „Das derzeitige **Lohnabkommen** bleibt weiter in Kraft, und zwar mit folgenden Maßnahmen.“ Erst unter den **festgesetzten Maßnahmen** heißt es, daß „mit **Wirkung vom 1. November** eine **Lohnerhöhung** eintritt“.

Weil **Herr Abg. Dr. Deereberg** an der **bindenden Rechtswirkung** der **Verbindlicherklärung** gleich zu **Beginn** seiner **Ausführungen** vorbeifuh, vermochte er auch nicht zu erkennen, daß es sich nicht um eine **reguläre**, sondern um eine „wilde“ **Aussperrung** handelte, die mit dem  **sogenannten**

„Streikrecht“ gar nicht verglichen werden kann, wie er das irr- tümlicherweise tat. Ein Erkennen der rechtzeitig erfolgten Ver- bindlichkeitserklärung mit ihrer beide Tarifparteien bindenden Rechtswirkung hätte viele der übrigen juristischen Darlegungen von Herrn Dr. Deerberg gegenteilig anfallen lassen können.

Außerdem hat Herr Abg. Dr. Deerberg geglaubt, Fehler auf- zeigen zu können, die die Vertreter der Gewerkschaften begangen haben sollen. Daß er dabei einseitig unterrichtet gewesen ist, habe ich bereits in Nr. 288 „Der Deutsche“ vom 7. Dezember festge- stellt.

Es ist allerdings sehr bemerkenswert und verdient aus Gerech- tigkeitgründen festgestellt zu werden, daß Herr Abg. Dr. Deerberg trotz seiner juristischen Verteidigung des Arbeitgeberstandpunktes zu einer scharfen moralischen Verurteilung der Aus- sperrung gelangte, indem er sagte: „Ich billige die Maßnahme der Aussperrung persönlich nicht, billige sie um deswillen nicht, weil ich der Auffassung bin, daß alle Maßnahmen und Mittel zur Verhinderung der furchtbaren wirtschaftlichen Folgen noch nicht erschöpft waren, — weil ich der Auffassung bin, daß man, bevor eine Million Menschen heute vor Eintritt des Winters auf der Straße stehen und nicht wissen, woher sie das Brot nehmen sollen, sich der großen sozialen Aufgabe, die hier erwächst, bewußt sein und gegenüber allen wirtschaftlichen Bedenken bis zum letzten den Versuch unternehmen soll, eine Einigung und eine Verständi- gung zu erzielen.“

Zu der am 12., 13. und 14. November erfolgten Reichs- tagsdebatte über den Eisenkonflikt wurde als deutschnatio- naler Fraktionsredner wiederum ein Jurist bestimmt, und zwar der Abgeordnete von Lindeiner-Wildau, dessen Rechts- auffassung bereits in Nr. 278 „Der Deutsche“ vom 25. 11. 1928 durch W. Herschel einer Kritik unterzogen worden ist. Man wird Herrn Abg. von Lindeiner-Wildau die Anerkennung nicht ver- sagen dürfen, einen Versuch gemacht zu haben, die durch den Eisen- konflikt aufgeworfenen Fragen in das Gesamtproblem des Schick- sals unserer nationalen Wirtschaft hineinzustellen. Wenn er dabei gleichzeitig versuchte, eine Synthese zwischen dem Arbeitgeber- und Arbeitnehmerstandpunkt zu finden, so muß leider gesagt werden, daß ihm das nicht gelungen ist; jedenfalls ist seine Rede von der Arbeitgeberschaft als in ihrem Sinne liegend beurteilt worden.

Als sodann am 17. November im Reichstag der Antrag des Sozialpolitischen Ausschusses auf Unterstützung der ausgesperrten Metallarbeiter zur Abstimmung stand, haben sich 55 deutsch- nationale Abgeordnete der Stimmenthaltung. Man muß Verständnis dafür haben, daß eine Oppositionspartei die Verantwortung für die Bewilligung von Reichsmitteln zur Durchführung einer preussischen Fürsorgeaktion den Parteien der Regierungskoalition überläßt. Aber die von Herrn Abg. von Lindeiner-Wildau im Reichstag gegebene Begründung der Stimmenthaltung, „als ob mit öffentlichen Mitteln in einen schwebenden Lohnkampf eingegriffen werde“, wird auch in deutsch- nationalen Arbeiterkreisen um deswillen nicht verstanden, weil es sich nicht um eine reguläre Aussperrung zur Abwehr einer Lohn- erhöhung handelt, sondern um eine „wilde“ Aussperrung in Form eines Machtkampfes gegen geltendes deutsches Arbeitsrecht. Des- halb hatte die Arbeiterschaft Anspruch auf die Hilfe und Unter-

stützung des Staates, gegen dessen Maßnahmen die Aussperrung gerichtet war. Die Stimmenthaltung bedeutet ein Auswei- chen, welches der Sachlage nicht gerecht wird. Hinzukommt, daß der industrielle Abgeordnete Bok abweichend von der Fraktion mit „Nein“ gestimmt hat.

Wenn sodann am 28. November eine deutschnationale In- terpellation wegen „gelezwidriger Durchführung der Ruhr- hilfe durch die preussische Regierung“ im Reichstag eingebracht wurde, so muß man wirklich fragen, ob sich die Interpellanten davon irgendwelchen Erfolg versprochen haben? Kam ihnen gar nicht zum Bewußtsein, daß sie damit Gefahr liefen, jeden selbstän- dig denkenden Arbeiter völlig vor den Kopf zu stoßen? Dieser Frage möchte ich hier nur die Feststellung anfügen, daß die deutsch- nationalen Arbeiterabgeordneten sich der Interpellation nicht an- geschlossen haben.

So begreiflich es ist, daß die gekennzeichnete Haltung der Deutschnationalen Volkspartei ihrer begründeten Oppositionstel- lung entspricht, so muß man aber warnen, diesen Oppositionskampf praktisch — wenn auch ohne solche Absicht — auf dem Rücken der Arbeiterschaft anzutragen.

Zur Vervollständigung des Bildes ist noch eine Entschliebung des Deutschnationalen Arbeiterbundes am Niederrhein vom 27. November bemerkenswert, in der im nationalen und volkswirt- schaftlichen Interesse eine sofortige Wiederöffnung der Betriebe gefordert wurde, sonst müsse durch ein Notgesetz dem durch die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches erfolgten staatlichen Hoheitsakt auch praktische Geltung und Wirksamkeit verschafft werden. In ähnlichem Sinne äußerte sich am gleichen Tage der Verband evangelischer Arbeitervereine von Rheinland und Westfalen.

Daneben ist die deutliche Sprache in der „Deutschen Arbeiter- stimme“, dem Organ des Deutschnationalen Arbeiterbundes, anzu- erkennen, wo man in der Dezember-Nummer ganz klar und ent- schieden für die ausgesperrten Metallarbeiter eingetreten ist.

Zum Schluß mag denjenigen, die nach dem Zweck meiner vor- stehenden Ausführungen fragen, gesagt sein, daß keinesfalls daraus geschlußfolgert werden soll, in der Deutschnationalen Volkspartei nun einfach nicht mehr mitzuarbeiten, soweit man ihr bisher ange- hört hat. Vielmehr soll dieser Aufsatz eine Mahnung sein, nunmehr um so fester sich auch politisch zusammenzuschließen. Die Stärke der gewerkschaftlichen Organisation ist selbstver- ständlich die erste Voraussetzung auch für die politische In- teressenvertretung der Arbeiterschaft. Die zweite Voraussetzung aber ist, daß man auch parteipolitisch praktisch mitarbeitet und sich bündelt. Darum muß die Parole sein: Hinein in diejenige politische Partei, der man weltanschauungs- und gesin- nungsmäßig als christlich-nationaler Arbeiter am nächsten steht, um den Parteien beizubringen, daß die Arbeiterschaft die gleiche Berücksichtigung ihrer Interessen verlangen muß, die man den an- deren Ständen angedeihen läßt.

Karl Dudey.

## Konsumvereine und Aussperrung in Nordwest

Der Eisenstreit in der Nordwestgruppe hat in erfreulichster Weise wieder einmal die enge Zusammenarbeit zwischen Konsumvereinen und Gewerkschaftsbewegung und ihr enges Aufeinanderangewiesensein dargelegt. Der Christliche Metallarbeiterverband und in ihm be- sonders seine Mitglieder innerhalb der Nordwestgruppe möchten auch an dieser Stelle den Konsumvereinen des Reichsverbandes Deutscher Konsumvereine im rheinisch-westfälischen Industriegebiet Selbsthilfe Düsseldorf, Selbsthilfe Duisburg, Wohlfahrt Essen, Eintracht Dortmund den herzlichsten Dank aussprechen für die treue und opferbereite Waffen- brüderchaft. Diesen Dank sollte unsere Kollegenschaft beweisen durch intensive Mitarbeit in den Konsumvereinen.

Der Leitung des Konsumvereins Wohlfahrt Essen sind wir zu besonderem Dank verpflichtet, daß sie auf unsern

Wunsch die Stellungnahme der Konsumvereine zum Eisenkonflikt in nachfolgendem Artikel präziserte. Die Red.

Die Aussperrung ist beendet. Ein gewaltiger Kampf ist be- standen.

Zwei Momente waren es, die bei der langen Dauer die Aus- gesperrten in ihrem Ringen stärkten und so wesentlich dazu bei- trugen, daß der Kampf zum wenigsten zu einem Ende geführt wurde, das für die ausgesperrten Gewerkschaften ein Erfolg be- deutet. Zum ersten lebte in den Ausgesperrten das Bewußtsein, einen durchaus gerechten Kampf zu führen, und zweitens war das erhebende Gefühl des materiellen Gesichertseins in hohem Maße

mitbestimmend für die geradezu muster-gültige Disziplin, die in den Reihen der ausgesperrten Gewerkschaftler herrschte. Besonders das letzte dürfte von aller Welt anerkannt werden.

Daß es möglich war, die Ausgesperrten wochenlang vor der ärgsten Not zu schützen, ist eine Tat, die der Gewerkschaft sicherlich besonderes Ansehen einbrachte.

Was nun bei der diesmaligen Aussperrung recht hervorgehoben werden muß, ist die Tatsache, daß die Konsumvereine beider Richtungen vom ersten Augenblick des Kampfes ab tatkräftig in diesen eingriffen und Seite an Seite mit den Gewerkschaften für das Recht der Arbeiter stritten. Die finanzielle Hilfe, die die Konsumvereine den Ausgesperrten zuteil werden ließen, hat jedenfalls in erheblichem Maße dazu beigetragen, den unerhört schweren Kampf zu einem guten Ende zu führen.

Konsumvereine des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine im rheinisch-westfälischen Gebiet hatten auch früher schon Gelegenheit, bei Lohnkämpfen, erinnert sei nur an die Aussperrung der Bergarbeiter im Jahre 1924, den Gewerkschaften tatkräftige Hilfe und Unterstützung zu leisten. Die lange Dauer der diesmaligen Aussperrung aber bewies, daß die Hilfe der Konsumvereine bei den Kämpfen um das Recht der Arbeiter jetzt und auch zukünftig von größtem Einfluß auf den Verlauf dieser Kämpfe war und auch später sein wird. Wenn gerade das letztere auch in Gewerkschaftskreisen nicht immer eingesehen wurde, so haben die letzten Wochen allen denen, die bisher die Zusammenarbeit zwischen Genossenschaft und Gewerkschaft als geläufiges Schlagwort werteten, eine heilsame Lehre erteilt. Das trifft vor allem für diejenigen zu, die trotz aller Mahnungen und Warnungen ihre Kraft verzettelten und ihr Einkommen zum größten Teil in die Werkskonsumanstalten der Unternehmer zurückführten.

Angesichts dieser Tatsache ist doch die Frage berechtigt, weshalb noch große Scharen sogenannter „aufgeklärter“ Arbeiter, die beileibe keine Trottel sein wollen, sich bedingungslos geradezu auf Geduld und Verderb ihrem Unternehmer durch die Werkskonsumanstalten verkaufen? Was erwarten sie von ihm?

In den Zeiten der großen Not und des Kampfes schauten Hunderttausende nach den Konsumvereinen: Was werden sie tun? Das war die Frage aller. Keiner erwartete auch nur die geringste Hilfe seitens der Werkskonsumanstalten. Jeder wußte von diesen, als ein Instrument des Unternehmers, daß jede Hoffnung auf Hilfe geradezu absurd sei.

Noch ehe die Aussperrung allgemein begonnen hatte, hatten Konsumvereine des Reichsverbandes im rheinisch-westfälischen In-

dustriegebiet die Parole herausgegeben: „Wir helfen!“ Es waren dies die großen Konsumvereine Selbsthilfe Düsseldorf, Selbsthilfe Duisburg-Mülheim, Wohlfahrt Essen, Eintracht Dortmund. Sie kreditierten die herausgegebenen Bons und erhöhten ihren Wert aus eigenem Willen heraus um 10 Prozent. Das ging dann tatsächlich auch wie eine Freude durch die Massen, entfachte helle Begeisterung und setzte sich dann in jenen starken Durchhaltewillen, der noch in den letzten Stunden der Aussperrung genau so stark herrschte, wie zu Beginn. Da wuchs das Vertrauen zu sich selbst und zur Gewerkschaft, da wurde die Parole der Konsumvereine zu einem Erlebnis.

Schreiber dieser Zeilen hatte in all den Wochen Gelegenheit, riesengroße Versammlungen der christlichen Metallarbeiter mitzuerleben. Treue zum Verband, Treue zur Genossenschaft wurden spontan geschworen. Die Bedeutung der eignen Kraft hätte kaum besser demonstriert werden können, als zur Zeit der Aussperrung. Hunderte, die bisher in den Werkskonsumanstalten dem Unternehmer gefront hatten, besannen sich auf ihre Würde, stärkten die Reihen und wurden Mitalied der Gewerkschaft und Genossenschaft. Mag es auch zunächst die materielle Hilfe sein, die sowohl von der Gewerkschaft als auch von der Genossenschaft begehrenswert schien, die neue Scharen brachte, so hatte man doch zweifellos die Torheit eingesehen, die man dadurch beging, daß man weder der

Gewerkschaft, noch einem Konsumverein angehörte. Die Läden der Werkskonsumanstalten wurden gemieden, nach Möglichkeit aller Bedarf in der Genossenschaft gedeckt, die man jetzt in ihrer hohen Bedeutung für die Arbeitnehmerschaft erkannte.

Nun ist die Aussperrung beendet. Noch ein letztes Nachzittern des gewaltigen Kampfes und die hohe Symphonie der Arbeit ertönt auch wieder in unserem Bezirk. Jetzt gilt es noch, die Erfolge zu vergrößern, sie wertvoller zu machen. Gewerkschaft und Genossenschaft, das sind die bedeutendsten Wirtschaftsorganisationen der Arbeitnehmer: sie müssen in gleichem Maße gestärkt und ausgebaut werden. Sie müssen das Sammelbecken der Kraft sein, aus denen in Zeiten der Not geschöpft werden kann. Einen Kampffonds gilt es zu schaffen für fernere Kämpfe, die sicherlich folgen werden. Dieser Kampffonds aber ist schon geschaffen, wenn alle sich zur Gewerkschaft und Genossenschaft scharen. Der vergangene Kampf hat bewiesen, daß beide Organisationen, christliche Gewerkschaften und Reichsverband deutscher Konsumvereine, wenn sie einträchtig zusammenarbeiten und sich gegenseitig mit ihrer Kraft unterstützen, wohl in der Lage sind, ein starkes Schutzmittel für Arbeitnehmer und Verbraucher darzustellen. Um so notwendiger ist deshalb ein starkes Eintreten für beide Organisationen. Konsumverein Wohlfahrt, Altenessen.

## Advent

Charlotte Dahms

Wie Weihrauch nebelt es von fahlen Rasenflächen —  
Allein dämmern gelb und menschenleer —  
und sind so felerlich wie Kirchenschiffe  
und so geheimnisvoll und düstreschwer.

Es ist, als ob in diesen traumhaft stillen Tagen  
durch welke Blätter sanfte Schritte gehn  
und Engeln mit falterbunten Flügeln  
im Herbstwind tändelnd sich im Reigen drehn.

Als ob das Himmelstor ein Stückchen offen stünde  
und rieselnd Gold die Erde überschäumt,  
die herbstemüde, still in sich versunken,  
dem großen Lichterfest entgegen träumt.

# Um die Neuregelung des gesetzlichen Arbeiterschutzes

## Erhöhter Schutz für jugendliche und weibliche Arbeitnehmer

I.

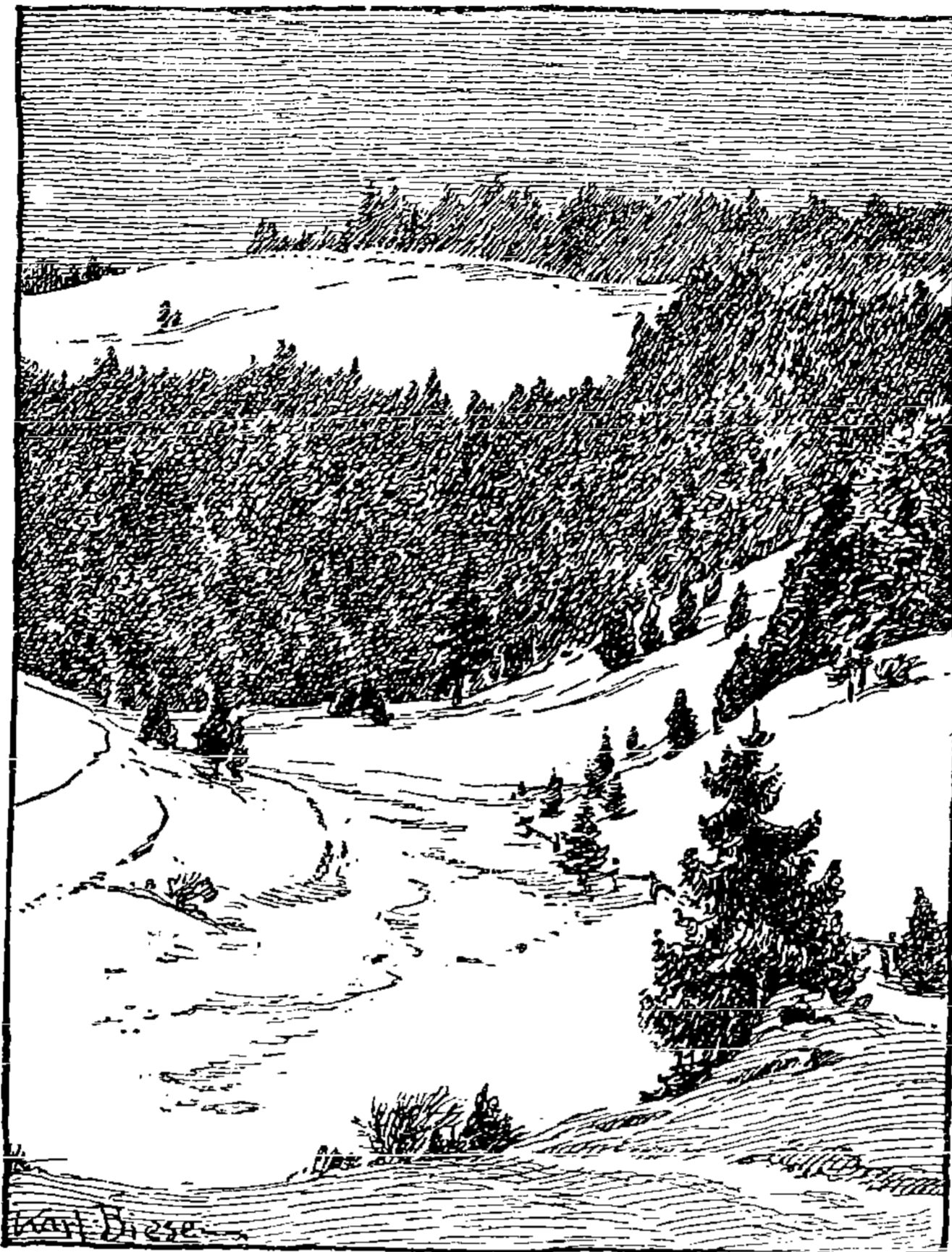
Für Arbeiterinnen und Jugendliche ist ein erhöhter Schutz vorgesehen. Auf jeder Verbands-Generalversammlung, bei der wir zur Jugendfrage Stellung genommen haben, erhoben wir die Forderung, daß das Jugendschutzalter von 16 auf 18 Jahre erhöht werden mußte. Diese Forderung soll nunmehr endlich ihre Erfüllung erfahren, indem der Gesetzentwurf dem Reichsrat trägt Unterstützung wurden unsere Forderungen durch Sozialpolitiker aller Länder und durch eine Reihe internationaler Arbeitskommissionen, die in den letzten Jahren getroffen worden sind. Trotzdem diese Frage

für eine Entscheidung vollkommen reif ist, war bisher hierzu die Zustimmung der Arbeitgeber nicht zu erreichen. Der Reichswirtschaftsrat sprach sich gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter hierfür aus. Desgleichen hat der Reichsrat daran festgehalten. Die Wirkung dieser Gesetzesbestimmung ist, daß Arbeitnehmer unter 18 Jahren und Arbeiterinnen über 18 Jahre nicht zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens beschäftigt werden dürfen, wenn keine Ausnahme vorhanden wäre. Solche Ausnahmen sind: Arbeitnehmer über 16 Jahre dürfen bei Arbeit



in mehreren Schichten zwischen 5 Uhr morgens und 10 Uhr abends beschäftigt werden, wenn zwischen den einzelnen Arbeitsschichten des einzelnen Arbeitnehmers eine ununterbrochene arbeitsfreie Zeit von mindestens 14 Stunden liegt. Die Landesbehörde kann sogar den Beginn und das Ende der Arbeit bis zu einer Stunde hinausschieben. Der Reichsarbeitsminister kann die Beschäftigung von Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren über diese Grenze hinaus zulassen, wenn es sich um ununterbrochene Arbeit handelt, oder wenn es das Gemeinwohl erforderlich macht, oder die Rücksicht auf die Heranbildung eines geeigneten Nachwuchses die Zulassung dringend erfordert. Von den weiteren Ausnahmen werden insbesondere unsere jugendlichen Metallarbeiter betroffen. Der Reichsarbeitsminister kann nämlich die Beschäftigung männlicher Arbeitnehmer unter 18 Jahren mit bestimmten Arbeiten in Glashütten, in Walz- und Hammerwerken für Eisen und Stahl und in Bäckereien zulassen. Dies entspricht den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. Die Ausnahme der Beschäftigung der Jugendlichen unter 16 Jahren mit Nachtarbeit in Walz- und Hammerwerken für Eisen und Stahl beruht auf der Bekanntmachung vom 20. Mai 1912. Diese Bekanntmachung sollte nur auf 10 Jahre gelten und wäre die Nachtarbeit somit seit dem Jahre 1922 nicht mehr zulässig gewesen. Die Geltungsdauer dieser Verordnung ist aber immer wieder verlängert worden, zuletzt bis zum 31. März 1929. Die Verlängerung ist erfolgt, weil angeblich zunächst auf die schwierigen Verhältnisse der Nachkriegszeit Rücksicht genommen werden mußte und weil eine Umarbeitung der Verordnung am zweckmäßigsten erst dann vorgenommen werden könnte, wenn das Arbeitsschutzgesetz verabschiedet sei. Es könnte dann Gesetz und Verordnung miteinander in Einklang gebracht werden. Nachdem aber nunmehr im Gesetz die Nachtarbeit weiterhin für zulässig erklärt, ist es kein Kunststück, diesen Einklang zwischen der Unternehmung zu ermöglichen. Zur Begründung der Notwendigkeit der Nachtarbeit wird hauptsächlich angeführt, daß sonst die Heranbildung eines geeigneten Nachwuchses gefährdet sei. Daß dieser Einwand heute nicht mehr berechtigt ist, kann jeder bezeugen, der mit diesen Betrieben vert. aut ist. Die Regierung ist auf Grund dieser Bestimmung außerstande, das Washingtoner Abkommen über die Nachtarbeit der Jugendlichen zu ratifizieren, während andere Staaten längst dazu übergegangen sind. Es läßt sich wirk-

lich nicht verantworten, 14—16jährige Jugendliche nachts in die Walz- und Hammerwerke zu stecken. Dies entspricht nicht unserem Kulturstand und die Nachtarbeit stellt eine schwere Gefährdung der körperlichen und gesundheitlichen Entwicklung der Jugendlichen dar. Wir müssen auch die wirtschaftliche Notwendigkeit der Nachtarbeit von Jugendlichen unter 16 Jahren auf das allerentschiedenste verneinen.



Biese

Der Winter ist gekommen

Der Gesetzentwurf will auch die „arbeitsfreien Zeiten“ für Arbeiterinnen und Jugendliche sicherstellen, indem Arbeitnehmer unter 18 Jahren und Arbeiterinnen über 18 Jahre nach der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene arbeitsfreie Zeit von mindestens 11 Stunden zu gewähren ist. Der Reichswirtschaftsrat hat sich für eine Ruhezeit von 12 Stunden ausgesprochen und halten wir dies als das mindeste, was in dieser Hinsicht durchgesetzt werden muß. Arbeiterinnen dürfen am Sonnabend, sowie an den Vorabenden von Festtagen nicht nach 5 Uhr nachmittags beschäftigt werden, wenn es sich um Arbeit in einschichtigen Betrieben handelt. Aus wichtigen Gründen kann der Reichsarbeitsminister auch eine Beschäftigung über diese Zeit hinaus zulassen, für einzelne Betriebe kann dies auch durch das Arbeitsaufsichtsamtsamt geschehen. Unsere Forderungen gehen hier weiter, indem wir nicht nur für Arbeiterinnen, sondern auch für Arbeitnehmer unter 16 Jahren an genannten Tagen einen Arbeitschluß nicht nach 2 Uhr nachm. erstreben. Die Jugendschutzbestimmungen sind aber

noch nach einer anderen Richtung zu ergänzen. Schon seit Jahren ist in der Öffentlichkeit immer wieder die Forderung vertreten worden, den Jugendlichen eine ausreichend freie Zeit zu gewähren. Wir meinen damit die gesetzliche Regelung der Urlaubsfrage. Einer solchen weicht der Gesetzentwurf aus, indem er diese Frage überhaupt nicht berührt. Der Reichsrat ist in dieser Hinsicht auch den Vorschlägen des Reichswirtschaftsrates nicht gefolgt, der sich für eine Gewährung eines angemessenen Erholungsurlaubs aussprach, indem er in einem Gutachten folgende Fassung vorschlug:

„Dem Jugendlichen ist ein angemessener Erholungsurlaub zu gewähren. Soweit der Urlaub nicht durch Tarif- oder Lehrvertrag geregelt ist, hat der Reichsarbeitsminister nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die näheren Bestimmungen über die verschiedenen Gewerbezweige zu erlassen. Der Verzicht auf Urlaub ist auch gegen geldliche Abfindung unzulässig.“

Kreil, M.d.R.W.R.

## Die Lehren aus der Kontinentalen Rohstahlgemeinschaft

Es sind nun zwei Jahre, seit die hauptsächlichsten Erzeugerländer von Stahl auf dem europäischen Festlande sich zu einem Kartell am 1. Oktober 1926 zusammengeschlossen haben. Es lohnt sich, gerade heute, wo die deutsche Industrie erklärt, unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht mehr rentabel arbeiten zu können, den Sinn und die Entwicklung dieses großen internationalen Abkommens und seine Bedeutung für Deutschland wieder einmal zu prüfen.

Schon kurz nach der deutschen Stabilisierung (Mitte 1924), als die europäische Wirtschaft allmählich der Gesundung zustrebte, erwog man den Gedanken einer einheitlichen Regelung des Absatzes aller Stahlerzeuger der Welt, also der zentralen europäischen Länder: England, Frankreich, Belgien und der Vereinigten Staaten. England und Amerika zogen sich bald zurück, so blieben die Länder des europäischen Kontinents. Hier war die Lage durch eine gewisse Überproduktion immer schwieriger geworden. Die in den

einzelnen Staaten herrschende Schutzollpolitik bewirkte, daß im Inland jeweils die Preise hochgehalten wurden, während im Ausland auf Kosten der Inlandsverbraucher viel niedrigere Verkaufspreise gerechnet wurden, also eine sogenannte „Dumping“-Politik getrieben wurde. Dazu kam, daß die noch in der Inflation befindlichen westlichen Länder Frankreich, Belgien und Luxemburg durch ihre niedrigen Löhne niedrigere Herstellungskosten für ihre Erzeugnisse hatten und in Deutschland der heimischen Industrie unliebsame Konkurrenz machen konnten. Darum war der Abschluß des Kartells für Deutschland besonders dringend.

**Der Kartellvertrag.**

Die beteiligten Länder Deutschland, Frankreich, Belgien Luxemburg und das Saargebiet trafen durch ihre nationalen Rohstahlverbände (in Deutschland die Rohstahlgemeinschaft, in Frankreich das Comité des Forges) eine Reihe von Abmachungen, deren wesentliche Grundzüge folgende sind:

Das kontinentale Rohstahlkartell regelt lediglich die Produktion der an ihm beteiligten Länder bzw. der einzelnen Gesellschaften. In der Preisfestlegung bestehen keine Bindungen. Die Produktionsquote wird vierteljährlich von einem gemeinsamen Ausschuss festgesetzt; auf Grund bestimmter Prozentsätze wird die Quote dann auf die fünf Länder verteilt.

Die Quoten wurden in den einzelnen Ländern so festgesetzt, daß auf

Deutschland	43,18%
Frankreich	31,18%
Belgien	11,56%
Luxemburg	8,30%
Saargebiet	5,78%
100,00%	

der Gesamtproduktion entfallen. Für jede erzeugte Tonne Rohstahl wird vom Erzeuger ein Dollar in eine gemeinsame Kasse bezahlt. Geht die Erzeugung über die Quote hinaus, so müssen für jede Tonne Mehrerzeugung vier Dollar außerdem bezahlt werden. Dagegen erhält ein Land, das unter seiner Quote bleibt, für jede Tonne zwei Dollar vergütet, bis der Rückstand 10 Prozent der Gesamtquote erreicht. Darüber hinaus erfolgt keine Vergütung.

Im Laufe der Zeit erfolgten verschiedene Änderungen der Bestimmungen, so daß heute der Straßatz bei Überschreitung der Quote bis 7 1/2 Prozent nur 1 Dollar, von weiteren 2 1/2 Prozent 2 Dollar und erst nach 10 Prozent 4 Dollar beträgt.

Die in der gemeinsamen Kasse enthaltenen Gelder werden jedes Vierteljahr an die Länder im Verhältnis der Erzeugung und der Quote wieder rückvergütet.

	Quote im 1. und im 3.-8. Vierteljahr	Quote im 2. Vierteljahr	Quote in Prozent der Gesamtquote	Produktion im													
				1. Vierteljahr Oktob.-Dez. 1926		2. Vierteljahr Januar-März 1927		3. Vierteljahr April-Juni 1927		4. Vierteljahr Juli-Sept. 1927		5. Vierteljahr Oktob.-Dez. 1927		6. Vierteljahr Januar-März 1928		7. Vierteljahr März-Juli 1928	
				+ oder - als Quote	+ oder - als Quote	+ oder - als Quote	+ oder - als Quote	+ oder - als Quote	+ oder - als Quote	+ oder - als Quote	+ oder - als Quote	+ oder - als Quote	+ oder - als Quote	+ oder - als Quote	+ oder - als Quote		
Deutschland	3.161	2.999	43,18	3.736	+ 575	3.958	+ 959	3.995	+ 834	4.164	+ 1.03	4.188	+ 1027	4.213	+ 1052	3.703	+ 542
Frankreich	2.283	2.166	31,18	2.197	- 88	2.005	- 161	2.065	- 218	2.064	- 219	2.139	- 141	2.295	+ 12	2.327	+ 44
Belgien	846	803	11,56	958	+ 112	924	+ 121	896	+ 50	930	+ 84	935	+ 89	924	+ 78	959	+ 113
Luxemburg	608	577	8,30	598	- 10	593	+ 6	616	+ 23	633	+ 25	636	+ 28	638	+ 30	633	+ 25
Saargebiet	423	402	5,78	461	+ 38	465	+ 63	476	+ 53	481	+ 58	471	+ 48	473	+ 50	503	+ 80
Zusammen	7.321	6.947	100	7.950		7.935		8.048		8.272		8.369		8.543		8.125	
Deutschland	8. Vierteljahr Juli-September 1928			3.829	+ 668												
Frankreich				2.303	+ 21												
Belgien				974	+ 128												
Luxemburg				636	+ 28												
Saargebiet				459	+ 36												
Zusammen				8.199													

Darans zeigt sich deutlich, daß Deutschland bedeutend ungünstigere Bedingungen hat als die anderen Länder. Deutschland hat fast eine höhere Quotenüberschreitung als die anderen, stellenweise von 25 Prozent, während Frankreich erst in letzter Zeit seine Quote voll erreicht hat. Versuche, eine Erhöhung der Gesamtzahlen zu erreichen, scheiterten daher regelmäßig an dem Widerstande der

Was war durch diesen Vertrag erreicht? Eine Reihe von Konkurrenten hatten vereinbart, daß ihre Produktion in einem bestimmten Verhältnis zueinander blieb und daß sie bei Überschreitung oder Unterschreitung bis zu gewissen Grenzen untereinander am Erlös des Absatzes beteiligt waren. Dadurch wollte man die Überproduktion ausschalten, da sie doch nur geringeren Erlös gebracht hätte, die Preise stabilisieren und das Dumping möglichst beseitigen und so das Verkaufen im Ausland unter Verlust ausschalten.

Die einzelnen Länder waren verschieden bei dem Vertrag behandelt worden, was sich bald zeigen sollte. Deutschland hatte eine im Verhältnis zu seiner Quote viel größere Produktion als Belgien und vor allem Frankreich, und die deutschen Industriellen hatten die Entwicklung der deutschen Inlandskonjunktur unterschätzt. Die anderen Länder hatten in der ersten Zeit mit inneren Währungsschwierigkeiten zu kämpfen, so daß die industrielle Konjunktur darunter litt, während in Deutschland Anfang 1927 eine starke industrielle Tätigkeit einsetzte und den Stahlbedarf steigerte. Dazu kam in den ersten Monaten der kontinentalen Rohstahlgemeinschaft durch den englischen Bergarbeiterstreik der Ausfall der dortigen Konkurrenz, was den Inlandsabsatz in Deutschland ebenfalls vergrößerte.

Bekanntlich hatte Deutschland dadurch 1927 ein Rekordstahljahr mit 16,3 Millionen Tonnen, während seine Beteiligungsquote beim Kartell nur 12,64 Millionen Tonnen betrug, also um 30 Prozent überschritten wurde. Man hatte allerdings Deutschland eine Ermäßigung des Strafgebotes für seinen Inlandsabsatz auf 2 Dollar statt 4 Dollar vom 1. April 1927 ab und auf 1 Dollar bzw. 2 Dollar für seinen Auslandsabsatz vom 1. Juli 1927 ab zugestanden, aber nur unter der Bedingung, daß die deutsche Ausfuhr auf eine bestimmte Menge reduziert wurde, während Frankreich, das unter seiner Produktionsquote blieb, dafür seinen Export erhöhen konnte. Trotzdem hatte Deutschland im ersten Jahre, das am 1. Oktober 1927 endete, 7,3 Millionen Dollar Verlust durch Strafzahlungen an die Gemeinschaftskasse, während Frankreich einen Gewinn von 6,7 Millionen Dollar verzeichnen konnte. Dies bedeutet in Deutschland eine Mehrbelastung der Tonne Rohstahl mit 6,13 M gegenüber Frankreich, wenn man bei Deutschland die Verteuerung, bei Frankreich die Verbilligung auf die Tonne umrechnet. Für das zweite Jahr, dessen Abschluß noch nicht vorliegt, wird das Ergebnis für Deutschland allerdings etwas günstiger sein.

Nachstehende Tabelle zeigt die Produktionsentwicklung der Länder und ihr Verhältnis zu ihrer Quote in 1000 Tonnen:

französischen Unternehmer. Hierin dürfte sich allerdings bald vielleicht eine Änderung zeigen. Die Aussperrung in der Nordwestlichen Gruppe bringt für Deutschland auf alle Fälle einen derartigen Rückgang der Produktion, daß Frankreich wohl zum ersten Male Strafgebote in nennenswertem Umfang zahlen muß. Immerhin bestehen aber auch Gründe, eine niedrige Gesamtquote bestehen zu lassen: Dies bewirkt nämlich eine gewisse Einschränkung der Produktion, wodurch hohe Preise erzielt werden. Für den Verbraucher von Stahl ergibt sich daraus die unangenehme Wirkung eines Kartells mit monopolartigem Charakter: Ausschaltung der Konkurrenz, die Preise sind in das Belieben des Verkäufers gestellt.

Daraus sehen wir auch die Ergebnisse des kontinentalen Stahlkartells für die deutsche Wirtschaft. In den zwei Jahren seines Bestehens trat eine gewisse Stabilisierung der Verkaufspreise ein, die den Werken gleichmäßige Einnahmen garantierte und sich entsprechend auch auf die Löhne auswirken sollte. Die Einfuhr ausländischen Stahls verringerte sich auf Grund der Abkommen und sicherte der deutschen Industrie genügende Beschäftigung. Allerdings haben wir gesehen, daß dies nur unter größeren Opfern möglich war, die dem deutschen Volksvermögen immerhin beträchtliche Summen kosteten. Vielleicht war dieses Opfer aber doch vernünftiger

als ein Verschleudern der deutschen Produkte im Auslande unter gleichzeitiger Erhöhung der Preise im Inlande, wie es die Politik der deutschen Werke vor dem Abschluß des Vertrages war.

Dies ist das wesentliche Graebnis des Kartells: Konsolidierung der Verhältnisse, der Produktion wie der Preise. Im Interesse einer ruhigen Wirtschaftsentwicklung ist ein derartiges Ergebnis zu begrüßen, vorausgesetzt, daß seine Früchte allen Schichten der Wirtschaft gleichmäßig zugute kommen. Man müßte aber erreichen, daß die Bedingungen für Deutschland wesentlich günstiger gestaltet werden, als sie es heute sind. Nestor.

## Bezirkskonferenz des Nordischen Bezirks u. Werftarbeiterkampf

Unsere Bezirkskonferenz tagte in Kiel, zu der die Ortsgruppen Bremen, Hamburg, Lübeck, Neumünster, Flensburg und Kiel Delegierte entsandt hatten. Die Konferenz beschäftigte sich eingehend mit der aus dem nun schon 4 Wochen andauernden Werftarbeiterkampf sich ergebenden Lage. Von der derzeitigen Lage der Werftindustrie ausgehend, schilderte der Kollege Koersch den Verlauf der Lohnbewegung der Werftarbeiter. Er legte dar, wie die Arbeitgeber die bescheidensten Forderungen der Arbeiter ablehnten, und wie der von dem Hamburger Schlichter Dr. Stenzel gefällte Schiedsspruch, wohl Rücksicht nahm auf die Ausführungen der Arbeitgeber, aber diese Rücksichtnahme in bezug auf die Arbeiter vollständig vermissen läßt. Dabei ist es auch begreiflich, daß die Arbeiterschaft diesen Schiedsspruch mit so großer Mehrheit ablehnte, und, da eine Verbindlichkeitserklärung nicht erfolgte, am 1. Oktober den Kampf aufnahm. Die seitherige Taktik der freien Gewerkschaften in diesem Kampfe wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Besonders wurde bemängelt, daß dieselben bezüglich der während des Kampfes zu ergreifenden Maßnahmen Besprechungen gehabt haben, ohne unserem Verbandsmitteilungsorgan davon zu machen, geschweige denn, ihn rechtzeitig dazu einzuladen. Für uns ist es untragbar, uns Beschlüssen einfach zu fügen, an deren Zustandekommen wir unbeteiligt waren. Soll dieses Verhalten der freien Gewerkschaften und ganz besonders dasjenige des D.M.U.V. uns gegenüber in Zukunft besser werden, kann es nur dann geschehen, wenn wir zahlenmäßig auch weiterhin erstarken. Die Gegenseite muß wissen, daß wir uns nicht über-

sehen lassen und Willens sind, unter allen Umständen unsere Belange selbst zu vertreten.

In der Aussprache, an der sich 14 Kollegen beteiligten, wurde n. a. auf die Absichten der freien Gewerkschaften eingegangen, die noch in den Betrieben befindlichen über 60 Jahre alten Kollegen auch noch herauszunehmen und dargelegt, wie man durch solche Maßnahmen nur den Interessen der Arbeitgeber entgegenkomme, die sich freuen würden, diese Leute auf solche Art los zu werden.

Weiter wurde angeregt, während der Streikdauer von nun ab einen Extrabeitrag in Höhe eines Wochenbeitrages für alle noch in Arbeit befindlichen Kollegen einzuführen. In der hierüber erfolgten Abstimmung wurde dieser Anregung mit allen gegen 2 Stimmen, die eine andere Regelung wünschten, zugestimmt.

Der Kollege Kreil-Berlin, der dann das Wort ergriff, ging auf die bevorstehende Neuregelung der Verhältnisse im Bezirk ein und betonte, daß auch der angestellte Kollege die Mitarbeit der Kollegen haben müsse, sollte er in der Lage sein, zur allseitigen Zufriedenheit seine Tätigkeit ausüben zu können. Dann schilderte er die Dinge die bei den Stilllegungen von Werftbetrieben in die Erscheinung getreten waren, unter besonderer Berücksichtigung der Tatsache, daß man an die Direktoren bedeutende Entschädigungen gezahlt habe, während man für die Arbeiter, die teilweise bis zu 30 und mehr Jahren ihre Kraft dem Werke zur Verfügung gestellt hatten, nichts übrig hatte. Weiter beschäftigte er sich mit den derzeitigen Praktiken des Reichsarbeitsministeriums. Er schilderte, wie der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns darauf

## Lockruf des Goldes

Jack London.

XV.

„Ne, ich kann nicht kriegen“, meinte der andere.

„Wo kommts denn her?“

Danlight war die Unschuld selbst, als er die Frage stellte, und Ladue hörte sie unerschütterlich wie ein Indianer an. Doch einen kurzen Augenblick sahen sie sich in die Augen, und in diesem Augenblick schien etwas ungreifbares von Joe Ladues Körper und Geist auszugehen. Und es schien Danlight, als hätte er diesen Schimmer gefangen und ein geheimnisvolles Etwas in dem Wissen und Plänen hinter den Augen des anderen gespürt.

„Du weißt natürlich besser Bescheid als ich“, fuhr Danlight fort. „Und wenn mein Anteil für dich hundert Dollar wert ist, so ist er für mich ebensoviel wert, ob ich nun Bescheid weiß oder nicht.“

„Ich geb dir dreihundert!“ bot Ladue, der jetzt die Besinnung verlor.

„Das ändert nichts für mich. Was du bietest, ist es für mich auch immer wert.“

Da kapitulierte Joe Ladue ganz ohne Scham. Er führte Danlight beiseite und gab ihm vertraulich verschiedene Aufklärungen.

„Die Sache ist sicher“ sagte er schließlich. „Ich habe es weder geschleust noch gewiegt. Alles, was in diesem Beutel ist, habe ich gestern aus den Randsellen ausgewaschen. Ich sag dir, man kanns aus den Graswurzeln herauschütteln. Und was auf der Fellenunterlage unten im Flußbett liegt, ist gar nicht zu sagen. Halt den Mund und verschaff dir soviel Claims, wie du kannst. Es liegt im Flecken verstreut da, aber ich würde nicht überrascht sein, wenn einige von den Claims fünfzigtausend brächten. Das einzige Unangenehme ist daß es so verstreut liegt.“

Ein Monat verging, und immer noch war Bonanza Creek ruhig. Vertrauen genug besaßen, um zu bleiben, waren damit beschäftigt, sich Blockhütten für den kommenden Winter zu errichten. Carmack und seine indianischen Verwandten waren dabei, einen Schleusenkasten zu bauen und einen Kanal hinzuleiten. Die Arbeit ging nur langsam voran,



denn sie mußten selbst mit der Hand die Bretter im Walde sägen. Aber ganz vereinzelt hatten Leute sich Claims abgesteckt, waren dann aber meist nach Forty Mile und Circle City weitergereist. Die wenigen, die weiter abwärts am Bonanza waren vier Männer, die vom oberen Lauf

bedacht war, Erschütterungen des Wirtschaftslebens durch rechtzeitiges Eingreifen möglichst zu verhindern, während man bei dem festigen Reichsarbeitsminister die Erfahrung machen muß, daß nach dieser Seite hin nicht alles das getan wird, was getan werden könnte, scheinbar aus Furcht vor der Kritik der eigenen Parteigenossen. Nachdem Kollege Kreil dann noch den gewaltigen und fruchtbringenden Einfluß der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung auf die Gestaltung der gesamten sozialen Verhältnisse geschildert hatte, ermahnte er die Anwesenden in ihrer Arbeit für den Verband nicht zu erlahmen. Wir müssen hier im Norden in allen Ortsgruppen so stark werden, daß die Eingangs geschilderten Vorgänge in Zukunft zur Unmöglichkeit werden.

In der Aussprache wurden die Ausführungen des Kollegen Kreil bezüglich des Reichsarbeitsministeriums noch unterstrichen und dargelegt, daß der frühere Reichsarbeitsminister bemüht war, weitere Verbesserungen in verbindlich zu erklärende Schiedsprüche aufzunehmen, während jetzt scheinbar eine andere Taktik verfolgt wird, wie die Lohnbewegung der Waldenburger Bergarbeiter beweist, deren für verbindlich erklärter Schiedspruch rund 50% schlechter war, als der vorhergehende, der mit großer Mehrheit abgelehnt worden war.

Nachdem die Anwesenden erklärt hatten, daß sie sich in Zukunft mit äußerster Kraftanstrengung für die weitere Ausbreitung des Verbandes einsetzen würden, wurde diese harmonisch verlaufene Konferenz geschlossen.  
P. Roersch.

## Aus den Betrieben

### Erfolge bei Betriebsratswahlen

Bei der Firma Brown-Boveri u. Cie., Groß-Muheim a. M., und der Firma Moenus, A.-G., Frankfurt a. M., fanden im Monat November die fälligen Betriebsratswahlen statt, die für unseren Verband einen großen Erfolg bedeuten. Die Wahl bei der Firma Brown-Boveri u. Cie. hatte folgendes Ergebnis:

Liste Christlicher Metallarbeiterverband 166 gleich 3 Vertreter, (im vorigen Jahre 147 gleich 2 Vertreter), Liste der Freien 265 gleich 6 Vertreter (im vorigen Jahre 252 gleich 5 Vertreter. Durch die Erhöhung unserer Stimmzahl um 19 Stimmen wurde erreicht, daß wir in diesem Jahre einen dritten Sitz im Betriebsrat erhalten. Das Resultat bei der Firma Moenus ist folgendes:

Christliche Liste 142 Stimmen gleich 3 Vertreter (im vorigen Jahre 115 Stimmen gleich 1 Vertreter), Freie Liste 347 Stimmen gleich 7 Vertreter (im vorigen Jahre 551 Stimmen gleich 9 Vertreter. Im ganzen haben wir bei den beiden Wahlen einen Zugang von 46 Stimmen und 3 Betriebsvertretern.

Bei der Firma Brown-Boveri u. Cie. hat sich dann der Erfolg der Wahl auch bei der Verteilung der verschiedenen Ämter ausgewirkt. Unsere Kollegen erhielten den ersten Vorsitz im Betriebsausschuß und den zweiten Vorsitz im Arbeiterrat.

An unseren neugewählten Vertretern liegt es nun, die Interessen ihrer Belegschaften im folgenden Jahre mit aller Entschiedenheit wahrzunehmen. Dazu ist notwendig die Unterstützung unserer Mitglieder und Vertrauens-

leute. Der Erfolg der Wahlen für unsern Verband aber muß ein neuer Ansporn sein für unsere gesamten Kollegen, mit demselben Eifer wie bisher unsere Position zu stärken und weiter auszubauen.  
K. N.

### Pajcha-Allüren auf dem Neunkirchner Eisenwert

Die Belegschaft des Neunkirchner Eisenwerks hat schon öfters Arbeiterausschuß und Gewerkschaften alarmieren müssen, bezüglich der Behandlung einzelner Meister. Neuerdings mußten sich wiederum die Arbeitervertreter an die Generaldirektion wenden, um das Benehmen einiger Meister in die richtigen Schranken zu verweisen. Da ist zunächst Meister König, im Walzwerk Süd, der von sich reden macht. Nach Ansicht der Walzwerksarbeiter sucht Meister König seine Sachkenntnisse durch Schimpfen und Drohen zu erzeigen. Versucht ein Arbeiter sich gegen seine unsachmännlichen Anordnungen, die vielfach schwer oder gar nicht auszuführen sind zu wehren, dann geht eine Schimpfkannonade los, die nur so von „Liebenswürdigkeiten“ strotzt. Ja dieser „Meister“ läßt sich sogar zu Tätlichkeiten hinreißen. Es ist vorgekommen daß Meister König einen Arbeiter auf sein Büro gerufen, dann die Tür abgeschlossen und diesen Arbeiter verprügelt hat. Als sich leztlich ein Walzer gegen die Tätlichkeiten von König, zur Wehr setzte, sollte er auch noch mit zeitweiliger Ablegung bestraft werden. Bezeichnend ist, daß der Arbeiterausschuß alle Energie aufwenden mußte, um den Betriebsleiter davon zu überzeugen, daß die Handlungsweise des Meisters König der Arbeitsordnung und auch wohl allen menschlichen Gepflogenheiten widerspricht.

des Flusses gekommen waren. Dan McGilvary, Dave McKay, Dave Edwards und Harry Waugh, ruhige Leute, die weder fragten noch sprachen und sich ganz für sich hielten. Aber Danlight, der den Kies am Rande von Carmacks Claim ausgewaschen und Goldkörner von den Graswurzeln geschüttelt und darauf an vielen andern Stellen den Kies mit der Wiege ausgewaschen und nichts gefunden hatte, war neugierig, was auf der Felsunterlage zu finden war. Er hatte bemerkt, daß die vier ruhigen Leute dicht am Flusse einen Schacht gruben, und er hatte gehört, wie sie Bretter für ihre Schleutenkästen geägt hatten. Er wartete keine Einladung ab, sondern stellte sich daneben, als sie am ersten Tage schuften. Und als ein Mann fünf Stunden geschuftet hatte, sah er, wie sie dreizehn und eine halbe Unze Gold herausholten. Es war grobes Gold, von Stecknadelkopfigröße bis zu Klumpen im Werte von zwölf Dollar, direkt von der Felsunterlage. Das war der große Fund. Carmacks Sache war gesichert. Danlight steckte einen Claim in seinem eigenen Namen neben den dreien ab, die er für seinen Kautabak gekauft hatte. Dadurch erhielt er ein Stück Boden, das zweitausend Fuß lang war und sich in der Breite von einem Randfelsen zum andern erstreckte. Der erste Schnee war an diesem Tage gefallen, und der arktische Winter senkte sich über das Land, aber Danlight hatte keine Augen für die trübe Stimmung, die über den letzten Stunden des kurzen Sommers ruhte. Er sah seinen Traum in Erfüllung gehen und seine goldene Schneestadt auf der weiten Fläche erstehen. Auf der Felsunterlage war Gold gefunden worden. Es war der große Fund.

Als er an diesem Abend zu seinem Lager an der Klondike-Mündung zurückkehrte, fand er Rama vor, den Indianer, den er in Dyea zurückgelassen hatte. Rama hatte mit einem Kamm die letzte Post des Jahres gebracht. Er besaß ein paar hundert Dollar in Goldstaub, die Danlight sich sofort von ihm ließ. Dagegen versprach er ihm einen Claim für ihn abzustechen, den er einregistrieren wollte, wenn er Forty Mile passierte. Als Rama am nächsten Tage ausbrach gab Danlight ihm eine Anzahl Briefe an die alten Jungens am unteren Flußlauf mit, in denen er sie aufforderte, sofort zu kommen und sich Land abzustechen. Rama hatte von den andern Männern in Bonanza Briefe mit ähnlichem Inhalt bekommen.

„Das wird ein Zustrom, wie man ihn noch nie gesehen hat“, lachte

Danlight, und er stellte sich vor, wie die aufgeregte Bevölkerung von Forty Mile und Circle City sich in die Boote werfen und in voller Fahrt die Hunderte von Meilen den Yukon hinauffahren würde, denn er wußte, daß man seinen Worten Glauben schenkte.

Als die ersten eintrafen, erwachte Bonanza Creek, und nun begann ein wahrer Wettlauf zwischen Lüge und Wahrheit, bei dem auch die stärksten Lügner immer wieder von der Wahrheit geschlagen wurden. Wenn Leute, die Carmacks Worte bezweifelten daß er zweieinhalb in der Pfanne gefunden hatte, selbst zweieinhalb fanden so logen sie und sagten, sie hätten eine Unze gefunden. Und ehe die Lüge noch recht in Umlauf gekommen war, hatten sie nicht eine, sondern fünf Unzen gefunden. Dann sprachen sie von zehn Unzen, wenn sie aber zum Beweis eine Pfanne auswuschen, so hatten sie zwölf darin. Und so ging es weiter. Sie logen getrost weiter, aber die Wahrheit blieb ihnen immer eine Länge voraus.

Eines Tages im Dezember füllte Danlight eine Pfanne von der Felsunterlage seines eigenen Claims und trug sie in seine Hütte. Hier brannte ein Feuer, so daß das Wasser in seinem Leinenbehälter nicht gefror. Er hockte sich neben dem Behälter nieder und begann zu waschen. Erde und Schlamm schienen die Pfanne zu füllen. Als er sie in einem Kreise bewegte, schwappten die leichteren größeren Teile über den Rand. Hin und wieder kämte er die Oberfläche mit den Fingern und schöppte ganze Hände voll Schlamm heraus. Der Inhalt verminderte sich beständig. Als er sich dem Boden näherte gab er der Pfanne einen plötzlichen Stoß, so daß das ganze Wasser herausfloß. Der ganze Boden sah aus, als wäre er von Butter bedeckt. So schimmerte das gelbe Gold. Es war Gold — Goldstaub, grobes Gold, Goldkörner, Klumpen. Er war ganz allein. Er legte die Pfanne einen Augenblick nieder und dachte an vielerlei. Dann wusch er zu Ende und wog die Ausbeute auf seiner Waage. Nach der gewöhnlichen Berechnung von sechzehn Dollar die Unze enthielt die Pfanne für reichlich siebenhundert Dollar Gold. Das übertraf seine kühnsten Träume. Er hatte erst gedacht, daß er zwanzig- oder dreißigtausend Dollar aus jedem Claim herausholen könnte, aber hier waren Claims, die wenigstens eine halbe Million wert waren, wenn auch das Gold im Flecken verstreut lag. An diesem Tage kehrte er nicht zum Schacht zurück, auch nicht am zweiten oder am dritten. Statt dessen zog er in leichter Ausrüstung, seinen Kaninchensellenschlaffack auf den Rücken

An zweiter Stelle ist es Meister Hirmer, ebenfalls im Walzwerk, der wohl die Arbeitsordnung einzuhalten nicht gewillt ist. Nicht nur, daß er bei jeder Kleinigkeit mit Schimpfworten um sich wirft, bestraft er auch meistens hart, indem er die Leute sofort nach Hause schickt.

Als Dritter im heutigen Bunde, muß Meister Morsch aus der Maschinenabteilung Süd hervorgehoben werden, der sich in der Behandlung der Arbeiter nicht benimmt, wie es verlangt werden muß. Seine unflätigen Schimpfworte empören jeden anständigen Arbeiter.

Die Gewerkschaften und Arbeiterausschuß haben bei der Generaldirektion Schritte auf Abstellung dieser Zustände unternommen und dabei darauf hingewiesen, daß diese Behandlungsweise auch eine Gefahrenzone in sich birgt, da einzelne Abteilungen hierüber sehr erregt seien. Den Arbeitern, besonders im Walzwerk, muß aber auch gesagt werden, daß nur eine straff organisierte Betriebsabteilung am besten in der Lage ist, diesen Leuten das Handwerk zu legen. D.

## Ein sonderbarer Arbeiterrat

Der Arbeiterrat der J. G. Farbenindustrie Ludwigshafen, hat gegen die Stimmen der Vertreter der christlichen Gewerkschaften, einen Beschluß gefaßt, und an die Direktion weitergeleitet, daß am Montag, den 24. Dezember die Arbeit ruhen soll, dafür soll am Sonntag, den 30. Dezember gearbeitet werden. Daß es den Sozialdemokraten gleich ist, ob sie am Werktag oder Sonntag arbeiten, braucht uns auf Grund ihrer weltanschaulichen Einstellung nicht zu wundern. Die christliche Arbeiterschaft lehnt jedoch den Antrag der sozialistischen Arbeiterräte ab und erwartet, daß die Regierung der Pfalz, bzw. Gewerbeaufsichtsbehörde die Genehmigung am Sonntag, den 30. Dezember voll zu arbeiten, nicht erteilt; desgleichen erwarten wir, daß auch die Eisenbahndirektion, die an diesem Sonntag ihren ganzen Betrieb umstellen müßte, das Ersuchen ablehnt. Wir hatten geglaubt, der Arbeiterrat in der J. G. Farbenindustrie hätte Wichtigeres zu tun, als Anträge bei der Direktion zu stellen, die Arbeiterschaft am Sonntag arbeiten zu lassen. Wir sind der Ansicht, daß Anilinarbeiter ohnedies genug Sonntagsarbeit leisten müssen. Bei gutem Willen hätte sich der Lohnausfall sehr leicht auf andere Weise ausgleichen lassen. Uns ist der Sonntag viel zu heilig, als daß er für sozialistische Zwecke mißbraucht werden dürfe. Ob der „freie“ Arbeiterrat diesen Antrag auf Wunsch der Direktion der J. G. Farbenindustrie gestellt hat, entzieht sich bis jetzt unserer Kenntnis. Sz.

## Schiedspruch in der Elektro-Industrie

Bekanntlich war von den Gewerkschaften der Rahmenvertrag, das Arbeitszeitabkommen wie auch der Lohnarif in der Elektro-Industrie des niederrheinisch-westfälischen Industriegebietes zum 1. September bzw. zum 1. Oktober gekündigt worden. Die von uns eingereichten Forderungen, soweit sie den Rahmenvertrag betreffen, sind an dieser Stelle bekanntgegeben. Für den Lohnarif wurde Angleichung der Löhne an verwandte Berufe verlangt. Die Verhandlungen gestalteten sich recht schwierig und zogen sich durch das Dazwischentreten von Nordwest über Gebühr in die Länge. Eine gemeinsame Verhandlung über den Rahmenvertrag zwischen

den Parteien verlief ergebnislos. Die Arbeitgeber waren auch nicht zum geringsten Entgegenkommen bereit und verlangten Zurückziehung unserer Forderung und Verlängerung des alten Tarifes. Ebenso erging es den Verhandlungen über den Lohnarif; auch hier wurde von den Unternehmern jegliche Lohnerhöhung abgelehnt. Von den Gewerkschaften wurde der Schlichter angerufen. Die erste Verhandlung unter dem Vorsitz des Herrn Regierungsrat Brisch fand am 15. Oktober 1928 statt. Wie wenig den Arbeitgebern an einer gegenseitigen Verständigung lag, erhellt aus der Tatsache, daß auf die Frage des Vorsitzenden, nachdem die Gewerkschaften die Forderung begründet hatten, erklärt wurde, man halte längere Ausführungen in den Vorverhandlungen für überflüssig, da ja doch noch einmal alles in der Schlichterkammer gelaßt werden müsse. Das war dem Vorsitzenden denn doch zu bunt. Er erklärte seine Aufgabe in erster Linie und vor allem darin zu sehen, eine Verständigung zwischen den Parteien herbeizuführen. Ihm widerstrebe es überhaupt in dieser Industrie einen Schiedspruch zu fällen. Das müßte in diesem Gewerbe überflüssig sein. Nach fünfstündiger Verhandlung wurden die Vorverhandlungen dann als ergebnislos abgebrochen. Die zum Schluß gebildete Schlichterkammer wurde für Donnerstag, den 18. Oktober, geladen, dann auf Montag, den 22. Oktober und später noch einmal auf Donnerstag, den 25. Oktober vertagt. Nach elfstündiger Verhandlung konnte auch an diesem Tage kein Ergebnis erzielt werden und wurden die Verhandlungen auf den folgenden Tag verlegt. Um zu Rande zu kommen, mußte ein Schiedspruch gefällt werden. Derselbe kam mit den Stimmen der Arbeitnehmerbesitzer zustande, da feststand, daß der Schlichter allein keinen Schiedspruch fällen würde. Es gelang durch diesen Spruch, nicht nur die beantragten Verschlechterungen der Arbeitgeber abzuweisen, sondern eine Reihe wichtiger Verbesserungen in den Rahmenvertrag aufzunehmen. Nur einige seien hier genannt:

Die tariflich vereinbarte Mehrarbeit von 3 Stunden mit einem Aufschlag von 25 Prozent wurde auch für die Montagen festgelegt. Dieses Abkommen kann im Gegensatz zum Rahmentarif schon zum 1. Oktober 1928 gekündigt werden.

Der Samstagnachmittag soll in Zukunft arbeitsfrei bleiben. Ueberstunden-, Sonn- und Feiertagsarbeit dürfen nur im Einvernehmen mit der gesetzlichen Betriebsvertretung geleistet werden. Für Nacharbeit an Stelle der Tagsschicht wird ein besonderer Zuschlag von 20 Prozent gezahlt. Bei längerer Nacharbeit muß eine besondere Vereinbarung über die Höhe des Zuschlages getroffen werden. Ebenso muß in Zukunft ein besonderer Zuschlag gezahlt werden für besonders schmutzige, lebensgefährliche und gesundheitschädliche Arbeiten.

Akkordarbeit muß vereinbart werden, die Lohnzahlung mit dem Schluß der Arbeitszeit, spätestens eine Viertelstunde nachher beendet sein.

Auf Baustellen muß der Arbeitgeber in Zukunft für einen verschließbaren und im Winter heizbaren Aufenthaltsraum sorgen. Für größere Stemm- und Maurerarbeiten müssen Hilfskräfte gestellt werden.

Wohl der wichtigste Erfolg ist die neue Bestimmung im Rahmenvertrag, daß auch den Lehrlingen Urlaub zu gewähren ist, und zwar in jedem Jahre der Lehre drei Tage. Die Arbeitgeber haben sich bis zum äußersten



geschwallt, aus, wanderte viele Tage hindurch und untersuchte das ganze benachbarte Gebiet. Er hatte das Recht, sich an jedem Wasserlauf einen Claim zu sichern, war aber zu vorsichtig, um sich seine Chancen auf diese Weise zu begrenzen. Nur am Hunter Creek steckte er sich einen Grund ab. Den Bonanza Creek fand er von der Mündung bis zur Quelle abgesteckt, und dasselbe war der Fall mit jedem Bach und jeder Rinne, die in ihn mündete. Man hatte nicht viel Vertrauen zu diesen kleinen Wasserläufen. Sie waren von den Hunderten von Männern abgesteckt, die zu spät zum Bonanza gekommen waren. Der beliebteste dieser Bäche war der Adams. Am wenigsten hielt man vom Eldorado, der oberhalb von Carmacks Claim in den Bonanza floss. Selbst Danlight glaubte nicht recht an Eldorado, kaufte aber doch einen halben Claimanteil für einen halben Sack Mehl. Einen Monat später bezahlte er achthundert Dollar für den anstößenden Claim. Drei Monate darauf erweiterte er wiederum seinen Besitz und bezahlte vierzigtausend für einen dritten Claim, und noch später — aber das lag noch im Schoße der Zukunft — sollte er hundert- und fünfzigtausend für einen dritten an dem Creek bezahlen, der ursprünglich von allen am wenigsten gegolten hatte.

Seit dem Tage jedoch da er die siebenhundert Dollar aus einer einzigen Pfanne gewaschen und große Gedanken gehabt hatte, rührte er nie wieder Schaufel oder Hacke an. Wie er zu Joe Ladue am Abend nach diesem wunderbaren Ereignis sagte:

„Joe die Arbeit mit den Händen ist zu Ende. Jetzt fange ich an, mein Gehirn zu gebrauchen. Ich will Gold bauen. Gold wird Gold zeugen, wenn man nur den Kopf am rechten Place und genügend zur Aussaat hat. Als ich die siebenhundert Dollar auf dem Boden meiner Pfanne sah, da wußte ich, daß ich endlich Saatgut genug hatte.“

„Und wo willst du es aussäen?“ fragte Joe Ladue.

Und Danlight hatte mit einer Handbewegung auf das ganze Land gezeigt, das um sie her lag, und auf die Flüsse und Bäche jenseits der Wasserscheide.

„Dort,“ sagte er, „und ihr sollt sehen, wie es geht. Für den, der Augen hat, liegen Millionen hier. Und ich hab sie gesehen, als die siebenhundert Dollar aus dem Boden meiner Pfanne hervorguckten und flüsteren: Na, endlich ist Burning Danlight da.“

gestraubt gegen eine solche Bestimmung. Sie hatten sogar beantragt, die Lehrlinge ausdrücklich aus dem Tarifvertrag herauszunehmen. Man drohte mit dem Auseinanderfliegen des Arbeitgeberverbandes. Alle Hinweise auf die Bestrebungen aller Parteien den Jugendlichen besondere Freizeit zu gewähren, waren fruchtlos. Für sie, so erklärten die Arbeitgeber, sei das eine Prinzipienfrage. Gerne wollten sie ihren Lehrlingen zu Weihnachten 5 M extra geben, aber Urlaub — nein und nochmals nein. Der Schlichter hat dennoch den Urlaubsantrag der Lehrlinge angenommen, ebenso eine Neuerung, wonach den Monteuren im ersten Beschäftigungsjahr anteiliger Urlaub zu gewährt ist. Der Vertrag läuft bis zum 30. September 1930. Dem Eingeweihten ist aus diesen genannten Verbesserungen klar wie wesentlich die Verbesserungen sind, die dadurch der Rahmenvertrag für die Elektro-Industrie erfahren hat.

Ebenso wie bei den Rahmentarifverhandlungen waren auch die Arbeitgeber in der Lohnfrage zu keinem Entgegenkommen bereit. Sie klagten über schlechte Geschäftslage und erhöhte Unkosten. Später konnten sie allerdings nicht die Beweise der Gewerkschaften wonach die Elektro-Industrie glänzend dastehen zerstreuen. Nach stundenlangen Verhandlungen wurde dann eine Lohnerhöhung von 8 Pfennig die Stunde durch Schiedspruch festgelegt. Damit erreicht der Spitzenlohn die Höhe von 1,05 M die Stunde. In demselben Verhältnis werden auch die Auslösesätze erhöht.

Eine Bezirkskonferenz der Elektromonteuere hat sich mit diesem Ergebnis beschäftigt. Anerkannt wurde, daß durch die Gewerkschaften alles getan worden ist, um diese Bewegung zum guten Abschluß zu bringen. Nach langen Erörterungen wurde dem Schiedspruch zugestimmt. Damit dürfte die Angelegenheit allerdings kein Ende gefunden haben, denn höchstwahrscheinlich werden die Arbeitgeber diesen Schiedspruch ablehnen. Für die Elektriker muß daher die Parole lauten, noch stärker als in den letzten Wochen für die Organisation werben, damit das Errungene auch gehalten werden kann.

Rosik.

## Wertvoller gewerkschaftlicher Rechtsschutz für ländliche Industriearbeiter

In den ländlichen Bezirken stößt der werbende Vertrauensmann sehr oft auf die Redensart: „Der Städter hat den Verband notwendig, aber ich, der ich auf dem Lande wohne und mein Häuschen habe, nicht; denn wenn gestreift wird oder ich werde krank oder erwerbslos dann bin ich durch die vorgenannten günstigen Umstände besser gesichert wie der beschäftigte gewerkschaftlich organisierte Arbeiter!“ Ich will hier nicht auf die unmoralische Tendenz eingehen, die aus einer solchen Begründung spricht. Ich will nur an einem Beispiel (einem von vielen) zeigen, wie unklug eine solche Einstellung ist.

Ein als Hüttenarbeiter im Saargebiet tätiger Kriegsbeschädigter baut sich vermittels Kapitalabfindung im heimatlichen Landörtchen ein Häuschen. Der Verdienst (600—700 Frs. = 100—116 M monatlicher Hilfsarbeiterlohn) reicht schlecht für die zahlreiche Familie. Man umt auf Mehrverdienst und glaubt ihn durch Eröffnung eines kleinen Schuhgeschäfts, welches die Frau nebenher führen soll, erzielen zu können. Ein Schuhgroßhändler aus H. erfährt von diesem Vorhaben. Er erscheint bei unserem Kollegen. Nach kurzer Zeit ist man handelseinig, und als dann unser Kumpel die von ihm unterschriebenen Bestellscheine in ruhiger

Stunde nachrechnet, stellt er fest, daß er für 25 000 Frs. (6170 M) Schuhe bestellt hat. Man denke, in einem kleinen Bauerndorf, wo meistens Arbeits- und Holzschuhe getragen werden. Nach Erholung vom ersten Schrecken Beratlung mit einem ortsansässigen Handwerksmeister. Resultat: Der Meister ruft telephonisch den Händler an und erlucht diesen, die Bestellung rückgängig zu machen. Der Händler weigert sich und fordert durch eingekriebenen Brief Abnahme der Ware. Die Annahme des Briefes wird verweigert, und der Händler übergibt die Sache dem Rechtsanwalt. Unser Freund geht auch zu einem Anwalt. Die Auskunft lautet: Ware abnehmen oder gefordertes Reugeld von 5000 Frs. (850 M) zahlen. Kostenpunkt für Auskunft 50 Frs. (8,50 M). In seiner Not geht der Kumpel zum Briefkastenonkel der Saarbrücker Landeszeitung. Der, selbst früher Sekretär des Christl. Metallarbeiterverbandes, gibt ihm den guten Rat, den Sekretär des Christlichen Metallarbeiterverbandes in H. aufzusuchen. Der Rat wird befolgt. Der Sekretär in H. hört sich die Sache an und stellt fest, daß mit dem Gericht nichts zu erreichen sei, aber vielleicht durch den Einfluß der Organisation. Er verhandelt mit dem Händler und gibt diesem, als er nicht gerade freudig Abstand nehmen will, daraufhin zu verstehen, daß die Bekanntheit dieses Falles durch die große Presse der christlichen Gewerkschaften für ihn sicher keinen geschäftlichen Vorteil bedeuten wird. Erfolg: Der Händler macht die Bestellung rückgängig! Was Bitten, gute Freunde, Rechtsanwalt und Gericht nicht fertig brachten, dem Einfluß der Organisation ist es gelungen. Kostenpunkt: Für den Rechtsanwalt des Händlers bei einer Arbeitsleistung von einer Schreibmaschinenseite für die Zahlungsaufforderung 350 Frs. (45 M). Dieses mußte unser Kumpel zahlen. Der Anwalt ließ sich nicht erweichen.

Kostenpunkt für die Vertretung durch den „Gewerkschaftssekretär“: Abnahme des Versprechens, nach Kräften für die Stärkung der Organisation zu sorgen. Ohne Eingreifen der Organisation wäre einem armen Teufel das Häuschen genommen worden, welches zur weiteren Existenz der Familie unbedingt in seinem Besitz verbleiben mußte. Do.

## Elftes Kapitel

War Burning Danlight in früheren Tagen vor dem großen Goldfunde Carmacks der Held vom Yukon gewesen, so wurde er jetzt der Held des großen Hundes. Weit und breit erzählte man sich die Geschichte seiner Chance, und wie er sie verfolgt hatte. Er hatte sie gut ausgenutzt, denn die fünf Glücklichen besaßen zusammen nicht soviel Claims wie er. Und er verfolgte seine Chance immer weiter ohne daß sein Glück ihn verließ. Die Klugen schüttelten den Kopf und prophezeiten daß er jede Unze, die er gewonnen hatte, wieder verlieren würde. Er handelte, behauptete sie, als bestände das ganze Land aus Gold, und keiner könnte gewinnen, der es so machte wie er.

Andererseits berechnete man den Wert seiner Claims auf Millionen, und manche hielten die für verrückt, die gegen Danlight wetteten. Hinter seiner prachtvollen Freigebigkeit und sorglosen Gleichgültigkeit in Geldsachen lag eine gesunde praktische Urteilskraft. Phantasie und die Kühnheit des großen Spielers. Er sah voraus, was er nie mit eigenen Augen gesehen hatte, und spielte so, daß er entweder viel gewinnen oder alles verlieren mußte.

„Es ist zuviel Gold hier in Bonanza,“ behauptete er, „als daß es nur eine Lache sein sollte. Es muß bestimmt von einer Mutterader irgendwo herkommen, und andere Creeks werden das beweisen. Behaltet den Indian-River im Auge. Die Bäche, die auf der andern Seite der Wasserscheide hineinfließen, können ebenogut Gold führen wie die hier.“

Und er glaubte so fest an diese Theorie, daß er ein halbes Duzend Expeditionen ausrüstete um die Gegend um den Indian-River jenseits der großen Wasserscheide zu unteruchen. Andere Männer, die selbst nicht das Glück gehabt hatten, sich Claims an den guten Flüssen abzustrecken, ließ er auf seinen Bonanza Claims arbeiten. Er bezahlte sie gut — zehn Dollar täglich für die Achtstundenschicht, und er arbeitete in drei Schichten. Er hatte Proviant genug, um die Sache in Gang zu bringen, und als die „Bella“ mit Vorräten beladen landete, überließ er Jack Kearns ein Grundstück zur Errichtung eines Warenhauses gegen die Verpflichtung, alle seine Leute den Winter 1896 über mit Proviant zu versorgen. Als zudem eine Hungersnot ausbrach und das Mehl für zwei Dollar das Pfund verkauft wurde, konnte Danlight doch ständig die drei Schichten auf seinem Bonanza Creek arbeiten lassen. Andere

Minenbesitzer zahlten ihren Leuten fünfzehn Dollar täglich, aber er war der erste gewesen, der andere für sich arbeiten ließ, und hatte ihnen von Anfang an eine ganze Unze täglich bezahlt. Der Erfolg war, daß er nur ausgesuchte Männer hatte, die mehr herausholten als ihren hohen Lohn.

Eines seiner wildesten Spiele fand im Frühwinter statt, als eben alles zugefroren war. Hunderte von Neuanfömmelungen waren, nachdem sie ihre Claims anderswo am Bonanza abgesteckt hatten, gekränkt den Fluß hinunter nach Forty Mile und Circle City gereist. Danlight nahm bei der Alaska Commercial Company eine Anleihe auf einen seiner Bonanza Claims auf und steckte ein Akkreditiv in die Lache. Dann spannte er seine Hunde vor den Schlitten und fuhr mit einer Schnelligkeit, wie nur er sie konnte, über das Eis hinab. Ein Indianer auf der Hinfahrt, einer auf der Rückfahrt und vier Gespinne Hunde waren sein Verbrauch auf dieser Reise. Und in Forty Mile und Circle City kaufte er haufenweise Claims. Wie sich später zeigte, waren viele von ihnen ganz wertlos, aber andere gaben noch verblüffendere Ergebnisse als die am Bonanza. Er kaufte rechts und links und zahlte alle möglichen Preise von fünfzig Dollar bis fünftausend. Dies war der höchste Preis, den er bezahlte, und das betreffende Geschäft wurde im Eivoli abgeschlossen. Es war ein Claim am oberen Eldorado: als er abgeschlossen hatte, erhob sich Jacob Wilkins, einer von den Alten der gerade von einer Besichtigung der Schweden zurückgekehrt war, und verließ den Raum mit den Worten:

„Ich kenne dich nun seit sieben Jahren, Danlight, und ich hab dich immer für einen vernünftigen Menschen gehalten. Aber jetzt läßt du dich regelrecht ausplündern. Das ist ja der reine Straßenraub. Fünftausend für einen Claim in der verfluchten Elchagend das ist Schwindel. Das kann ich nicht mit ansehen, wie du dich beschwindeln läßt.“

„Und ich sage dir Wilkins,“ erwiderte Danlight, „Carmacks Fund ist so groß, daß wir ihn noch gar nicht übersehen können. Es ist die reine Lotterie. Jeder Claim, den ich kaufe, ist ein Los. Und es gibt sicher mächtige Gewinne.“

Jacob Wilkins, der in der offenen Tür stehengeblieben war, schnaufte ungläubig.

„Geht, Wilkins,“ fuhr Danlight fort, „gesetzt, ihr müßtet, daß es Suppe regnen würde. Was würdet ihr tun? Löffel kaufen, selbstver-

Wir suchen bei gutem Lohn

## einige tüchtige Dreher

für genaue Dreharbeiten. Wohnung kann im Bedarfsfalle gestellt werden. Ausführliche Bewerbungen mit Angabe über Vorbeschäftigung erbeten unter DD 4444 an Ala Haasenstein & Vogler, Dortmund.

# Verbandsgebiet

Berlin. Die Berliner Ortsgruppe des Christlichen Metallarbeiterverbandes, die zu den Gründungs-Ortsgruppen gehört, feierte vor kurzem ihr 29. Gründungsfest, verbunden mit Jubilarehrung. Neben den zahlreich versammelten Mitgliedern mit ihren Angehörigen konnten von dem Festleiter, Gewerkschaftssekretär G. Duden, eine stattliche Reihe von Ehrengästen begrüßt werden. Vertreten waren die Zentrale des Christlichen Metallarbeiterverbandes, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, das Kartell der christlichen Gewerkschaften und einige christliche Berufsverbände. Besonders herzlich wurden begrüßt die Spitzenvertreter der evangelischen Arbeitervereine. Der Reichsverband katholischer Arbeitervereine hatte seine Glückwünsche brieflich zum Ausdruck gebracht.

Kollege Minter stellte den jungen Kollegen die vier Jubilare als leuchtendes Beispiel hin und gab der Erwartung Ausdruck, daß die „Jungen“ den „Alten“ nachzueifern mögen. Er schloß mit einem begeistert aufgenommenem Hoch auf die alten Kämpen und den Christlichen Metallarbeiterverband.

Nachdem denselben die von der Verbandszentrale gestifteten Diplome und silbernen Nadeln überreicht waren, dankte unser sich unter den Jubilaren befindlicher Bezirksleiter Kollege Kreil, M. d. RWR., für die ihnen erwiesene Ehrung und betonte, daß die Mitglieder heute wie ehemals beherrscht sein müßten vom Willen zur Tat. Die Arbeiterschaft dürfe nicht auf ein Wunder hoffen, sondern wie sich ihre Lage gestaltet, sei eine Frage der Macht.

Der Glaube an die Sieghaftigkeit der christlichen Idee müsse in jedem christlichen Arbeiter lebendig sein, und die Geschichte rechtfertigt diesen Glauben. Christliche Gewerkschaften und konfessionelle Arbeitervereine haben hierbei treue Waffenbrüderschaft zu halten. Solidarität und gegenseitige Hilfsbereitschaft seien die Wurzeln der christlichen Gewerkschaftsarbeit die Waffe im Kampf um den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt und die Hoffnung des Arbeiters auf die Gestaltung eines christlichen und sozialen Deutschlands.

D.

Dillingen. Letzthin fand unter dem Vorsitz des Verwaltungsvorsitzenden, Kollegen O. Trautvetter, eine wichtige Konferenz unserer Ortsverwaltung Dillingen statt. Das Tagesthema: „Wirtschaftspolitische Lage und die Aufgaben unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes“, wurde durch unseren Bezirksleiter, Kollegen Dick, meisterhaft behandelt. Er verstand es, die einzelnen Fragen klar herauszustellen. Der wichtigsten Frage, der Grenzlandindustrie, gilt es besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Existenz der Grenzlandindustrie mit ihren Tausenden von Menschen hänge wesentlich davon ab, wie die dazu erforderlichen Maßnahmen durchgeführt würden. Es handelt sich besonders um Verbesserung und Neuanschaffung von Verkehrswegen, um den Saarprodukten eine bessere

Absatzmöglichkeit zu verschaffen. Daran seien nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch wir Arbeiter sehr stark interessiert. Das Grenzland sei deutsches Land, und als solches habe es einen Anspruch, in seiner Existenz geschützt zu werden.

Hieraus ergebe sich auch die lohn- und sozialpolitische Lage. Manches sei auf diesem Gebiete durch die verantwortungsbewusste Arbeit unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes geleistet worden, und vieles müsse noch getan werden. Daß auch bei Rückgliederung zum Reich nicht alles in Butter sei trotz besserer sozialpolitischer Verhältnisse im Reich, beweise der augenblickliche Kampf an der Ruhr. Diese würden nur dann ihre Wirkungen zeitigen, wenn starke Gewerkschaften dahinter ständen.

Hieraus ergäben sich denn auch die Aufgaben unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes: Zunächst Einfluß gewinnen bei der Gestaltung der wirtschaftspolitischen Fragen. Es genüge nicht nur, das Saarproblem in wichtigen Konferenzen zu erörtern, sondern es müsse auch die Grundlage geschaffen werden, sie zu lösen. Die Mitwirkung sei nur möglich, wenn von einem starken Christlichen Metallarbeiterverband die Dinge stärkstens beeinflusst werden.

Daß wirtschaftspolitisch noch vieles zu schaffen ist, geht aus der Tatsache hervor, daß wir es noch immer mit den Gesetzen vor 1918 zu tun haben. Daß die Verbesserung der sozialen Verhältnisse nur auf Grund starker Gewerkschaften möglich sei, beweise sich in Deutschland dadurch, daß trotz verlorenen Krieges und schwerster Belastung sie möglich war. Es genüge nicht nur, Arbeit von der Bewegung zu fordern, sondern es müsse auch Arbeit für die Bewegung geleistet werden.

Darum muß nach Art des alten Metallarbeitergeistes an die Verbesserung gegangen werden. Sie zu leisten, müsse eine Ehrenpflicht sein. So schloß unser Bezirksleiter, Kollege Dick, seine Ausführungen. Die Ansprache zeigte, daß der Vortrag des Kollegen Dick auf guten Boden gefallen war, und einmütig beschloß die Konferenz, die Verbesserung mit allen Mitteln durchzuführen, welches auch in einer entsprechenden Entschließung zum Ausdruck kam.

Trautvetter.

Gotha. Am 27. Oktober 1928 sprach Kollege Bröckling in der Mitgliederversammlung über die Invalidenversicherung und die Rentenberechnung. Er gab einen ausführlichen Überblick über den Werdegang und das Wesen der Invalidenversicherung, wie hoch die Beiträge sind, wer versicherungspflichtig ist, wann unterstützungsaberechtigt usw. Mit 65 Jahren tritt erst die Invalidenversicherung (früher Altersrente) in Kraft, und mit allen Mitteln wird der Verband sich einsetzen für eine frühere Ausbezahlung der Invalidenrente. Eine Waffe dazu ist schon die Festsetzung der Altersrente von 60 Jahren durch die Versicherung des Verbandes. Bei 66½ Prozent Erwerbsunfähigkeit gibt es Invalidenrente, wenn der Versicherte den Kopf schon im Arm trägt. Auch hier muß die Grenze herabgesetzt werden. Nach einer Krankheitsdauer von über

ständig. Schön, ich kaufe Löffel. Es wird Suppe regnen in Klondike, und wer Gabeln hat, kriegt nichts ab.“

Aber jetzt schlug Wilkins die Tür hinter sich zu, und Daylight schloß den Kauf des Claims ab.

Als er wieder nach Dawson zurückgekehrt war, arbeitete er wie nie zuvor in seinem Leben, obwohl er seinem Wort, weder Hacke noch Schaufel je wieder anzurühren, treu blieb. Er hatte tausend Eisen im Feuer, und die hielten ihn in Atem. Er mußte oft nach den verschiedenen Klüften und Bächen reisen, um zu entscheiden, welche Claims er abstoßen und welche er behalten sollte. Ehe er nach Alaska kam, hatte er in Quarzminen gearbeitet, und er träumte davon, die Mutterader zu finden. Ein Goldwäscherlager, das wußte er, war vergänglich, aber ein Quarzlager behielt seinen Wert. Er schickte Männer in die Berge die monatelang nach der Mutterader suchten. Aber sie wurde nie gefunden, und viele Jahre später schätzte er, daß ihn das Suchen fünfzigtausend Dollar gekostet hatte.

Aber er spielte hoch. Waren seine Ausgaben groß so waren seine Einnahmen noch größer. Er nahm alles mit kaufte halbe Anteile, teilte mit den Männern, die er verproviantierte, und nahm selbst Ortsuntersuchungen vor. Tag und Nacht waren seine Hunde bereit; er betraf die schnellsten Gespanne, so daß er immer unter den ersten war wenn ein neuer Fund gemacht wurde. Er fuhr in den längsten und kältesten Nächten, bis er seine Pfähle zunächst dem Entdeckungsplatze angebracht hatte. Jedenfalls kam er in den Besitz von Claims an allen guten Klüften, gar nicht zu reden von vielen wertlosen und so betraf er Gründe am Sulphur, am Doranico und Excelsis, am Ewash am Cristo, Alhambra und am Doolittle. Die Leute, die er hinauswarf, kamen in zehntausenden zurück. Die Leute von Fortn Mile erzählten die Geschichte von seinen zwei Tonnen Mehl und berechneten, was sie ihm eingebracht hatten: es mußte zwischen einer halben und einer Million sein. Eines mußte man ganz sicher, daß der Eldorado Claim, den er für einen halben Sack Mehl gekauft hatte, heute fünfhunderttausend wert war. Andererseits wurde erzählt, daß er der Längerin Freda, die in einer Veterinärklinik von der andern Seite der Pässe kam und tausend Dollar für zehn Sack Mehl bot, aber niemand finden konnte der es ihr verkaufen wollte, das Mehl als Geschenk schickte, ohne sie auch nur sehen zu wollen. Ebenso sandte er dem einsamen, katholischen Geistlichen, der im Begriff war, das erste Hospital zu errichten, zehn Sack.

Seine Freigebigkeit war zügellos. Manche nannten sie wahnwütig. Es war ja auch der reine Wahnsinn einer Längerin und einem Geistlichen zwanzig ganze Säcke zu schenken, wenn ein Sack Mehl ihm eine halbe Million einbrachte. Aber das war nun einmal seine Art. Geld bedeutete ihm nicht mehr als Spielmarken. Nur das Spiel hatte Wert für ihn. Der Besitz von Millionen bewirkte keine Veränderung bei ihm, nur betrieb er das Spiel noch leidenschaftlicher. Von seltenen Gelegenheiten abgesehen, war er immer wütig gewesen, aber jetzt, da er in der Lage war, sich jeden Tag Spirituosen in unbegrenzten Mengen zu verschaffen, trank er noch weniger. Die durchgreifendste Veränderung war, daß er, außer auf Schlittenreisen, nicht mehr selbst kochte. Ein verfrachter Minenarbeiter hauste mit ihm in seiner Blockhütte und kochte für ihn. Aber es war dasselbe Essen: Speck, Bohnen Mehl, Pflaumen, Dörrobst und Reis. Auch seine Kleidung war immer noch die gleiche: Ueberziehhosen, lange Strümpfe, Mokkasin, Flanellhemd, Pelzmütze und ein wollner Rock. Zigarren, von denen die billigsten einen halben oder einen Dollar das Stück kostete, rauchte er nicht. Er beanützte sich mit Zigaretten aus Bull-Durham-Tabak und braunem Papier, die er sich selbst drehte. Es ist wahr, daß er mehr Hunde hielt als andere und riesige Preise für sie bezahlte. Aber das war kein Luxus, sondern Geschäft. Seine Fahrten und Reisen erforderten Eile. Und nur, um Zeit zu ersparen, nahm er sich einen Koch. Er hatte keine Zeit selbst zu kochen, das war alles. Es wäre ein schlechtes Geschäft gewesen, Zeit zu verschwenden, wenn man um Millionen spielte.

In diesem Winter des Jahres 1896 wuchs Dawson mit reißender Schnelligkeit. Daylight verkaufte Grundstücke, und das Geld strömte ihm zu. Er legte es stets wieder an so daß es noch mehr brachte. In der Tat spielte er das gefährliche Spiel, Unternehmen auf Unternehmen zu häufen, und das ist nirgends gefährlicher als in einem Goldsucherlager. Aber er spielte mit offenen Augen.

„Wartet nur, Jungens, bis der Goldfund draussen bekannt geworden ist“, sagte er zu seinen alten Freunden in der Wirtschaft „Zum Glück gewöhnt“. „Wartet mir bis zum Frühjahr, dann werdet ihr sehen wie sie kommen. Erst eine Abreise zum Sommer, wie sie standen und gingen, dann eine zum Herbst, schon besser ausgerüstet, und im nächsten Frühjahr wieder eine Abreise von fünfzigtausend Mann. Vor lauter Cheesavos könnt ihr die Erde nicht mehr sehen. Und das ist erst der Anfang. Was wollt ihr machen?“

(Fortsetzung folgt.)

26 Wochen wird auch Invalidenrente ausbezahlt bis zur Gesundheitsreife. Mit den wichtigsten Rechten der Invalidenversicherung wurden so die versammelten Mitglieder vertraut gemacht, und an Hand einer aufgestellten Rentenberechnung konnte jedes Mitglied die Berechnung der Rente nachprüfen.

In der Aussprache, die lebhaft war, wird die Invalidenversicherung aufs schärfste gerügt. So die geringe Berechnung der vor 1921 geklebten Marken und die überhaupt verfallenen Marken von 1921—24. Der Unterstützungssatz ist ein Hohn gegenüber dem, was der Staat für die Beamten übrig hat, die drei Fünftel der Steuereinnahmen verschlingen. Geschunden bis ins hohe Alter, und nun als Dank dem Arbeiter zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. Die Nichtabführung der Beiträge durch Unternehmer die bei einer Versicherungsanstalt in Sachsen-Anhalt 1 100 000 M betragen, zeigt daß dem Großen ungestraft alles möglich ist, während der Kleine aufs schärfste verurteilt wird. Hier müssen die Betriebsräte eingreifen durch Nachprüfen der Invalidenmarken. Die Invalidenversicherung zeigt hiermit auch, wie gering der Arbeiter noch eingeschätzt wird, wie man mit allen Mitteln arbeitet um einen Aufstieg der Arbeiterschaft zu verhindern, den Aufstieg nach Gleichberechtigung und Gleichachtung. Doch dies mahnt uns, mit allen Mitteln und allen Kräften zu arbeiten, daß die Kollegen immer enger in der Organisation zusammengefaßt und die Nichtorganisierten gewonnen werden. H. R.

Oggersheim. Die stattgefundenene Versammlung vom Christlichen Metallarbeiterverband hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Der erste Vorsitzende Göbel eröffnete die Versammlung und hieß alle, besonders die Herren Stich und Gewerkschaftssekretär Schwarz-Ludwigshafen herzlich willkommen. Der als Delegierter der 12. Generalversammlung entsandte Verwaltungsvorsitzende Kollege Stich gab uns einen eineinhalbstündigen Bericht und führte uns den Gang und Stand derselben in mustergültiger Weise vor, was von den Anwesenden mit Dank entgegengenommen wurde. Von dem zur Diskussion gestellten Bericht wurde reger Gebrauch gemacht. Kollege Schwarz behandelte unsere Altersinvalidenunterstützung und deren Vorteile gegenüber anderen Verbänden. Zuletzt sei noch der Verbandsverbetätigkeit gedacht, die innerhalb unserer Ortsgruppe einsehen muß, damit auch die Abseitsstehenden endlich sich in unseren Reihen einfinden können.

Ulm. Die Ortsverwaltung Ulm des Christlichen Metallarbeiterverbandes hielt am Sonntag, den 21. Oktober 1928, nachmittags 4 Uhr, in dem Lokal „Zum weißen Roß“ ihre diesjährige Familienfeier ab, welche sehr gut besucht war. Man wartete mit einem einfachen, aber sehr gediegenen Programm auf. Der Vorsitzende wies kurz auf die Gedanken: „Was ist und was will der Christliche Metallarbeiterverband Deutschlands“, hin, dabei besonders hervorhebend, daß wir die Gewinnung der Jugend auch für den Gewerkschaftsgedanken nicht unterschätzen sollen. Der Prolog „Die Arbeit“ vorgetragen von Herrn Maurer, war inhaltlich als auch rhetorisch eine Glanzleistung. Die Sängerabteilung, welche uns Herr Oberlehrer Schöck von seinem Chor zur Verfügung stellte, erntete mit ihren schönen Liedern stürmischen Beifall. Auch an dieser Stelle den Herren Sängern und dem Herrn Oberlehrer für das wirklich große Entgegenkommen herzlichen Dank. Herr Hauff war in seinen humoristischen Vorträgen wirklich gelungen und hatte die Lacher auf seiner Seite. Ein Theaterstück „Die Herrenburger Erbschaft“, wurde von den Damen Maria und Klara Rohrwasser, Fräulein Marie Schöllmann, den Herren August Fuchs, Paul Irtenkauf und Karl Denkinger mit durchschlagendem Erfolg gegeben. Die Festrede hielt Bezirksleiter Kollege Bengler (Stuttgart), M. d. L. Namens der erschienenen Gäste und Bruderorganisationen sprach Herr Gewerkschaftssekretär Laub Worte des Dankes, der Anerkennung und der Verbundenheit. Die ganze Feier hat dazu beigetragen, noch weiterhin den Gedanken der christl. Gewerkschaftsbewegung in den Kreisen der Arbeiterschaft zu heben und zu stärken.

Sp.

Heidenheim a. Brenz. Am Samstag, den 10. November hielt der Christliche Metallarbeiterverband im Gasthaus „Zum Felsen“ eine gut besuchte Versammlung ab. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Huber, die Anwesenden besonders den Referenten des heutigen Abends, Bezirksleiter Kollege Bengler Stuttgart, und Herrn Stadtbaurat Baumann, Heidenheim begrüßt hatte, gab er dem Referenten zu seinem Vortrag das Wort.

In packenden Worten schilderte der erfahrene Gewerkschaftler die ungeheuren Wirtschaftskämpfe der Nachkriegszeit, der Zeit gewaltiger wirtschaftlicher und sozialer Spannungen. Er erinnerte an den Streik der Waldenburger Bergarbeiter, bei dem durch amtliche Unterdrückung ungeheures Elend der Arbeiterfamilien festgestellt wurde. Dann folgte der Kampf in der rheinischen Textilindustrie der Werftarbeiterstreik und nun der größte Kampf der Nachkriegszeit die Aussperrung in der Schwerindustrie. 213 000 Arbeiter sind nun brotlos, dadurch eine Million Menschen dem Elend preisgegeben. Der Redner erinnerte daran, wie im Ruhrkampf im Jahre 1923 Industrielle und Arbeiter gemeinsam die Amerisionaelüste der Franzosen abgewehrt hätten, wie dann die Arbeiter in vollem Verständnis für die schwere Zeit der damaligen Wirtschaft damit einverstanden waren, zur Aufhebung derselben mitzuhelfen, durch vorübergehende Einführung der 12-Stundenschicht. Er erinnerte daran, wie gewaltige Gewitterwolken am wirtschaftlichen Himmel aufzogen, als im vergangenen Jahre durch Reichsgesetz diese Noteinführung wieder abgeschafft werden sollte. Nur mit Mühe konnte dort ein schwerer Kampf geschlichtet werden, und nun sei er doch mit ungeheurer Wucht ausgebrochen. In packenden Worten schildert der Redner die Eindrücke, die er aus eigener Anschauung vergangene Woche im Kampfgebiet sammeln konnte. Wo sonst laufende Räder schwebten, feurige Lohne zum Himmel wallte, hunderttausende von fleißigen Händen schafften für das deutsche Volk, da herrscht jetzt unheimliche, schaurige Grabesstille. Und warum? Der Redner führt den Artikel der Weimarer Verfassung an, der besagt, daß jedem schaffenden Deutschen auskömmliche Entlohnung seiner Arbeit

gewährleistet sein soll. 6 Pfennig im Spitzenlohn Zulage pro Stunde, das ist das Ergebnis des Schiedspruchs, den der Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärte. Die Arbeiter gaben sich zufrieden, die Schwerindustrie annullierte aber nicht nur die Verbindlichkeitsklärung, sie ging noch weiter und nahm den Kampf auf gegen Regierung, gegen Recht und Gesetz. Nicht um den Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer handle es sich nun ausschließlich, sondern auch um die Anerkennung der Staatsautorität durch jeden Bürger, sei er Arbeiter oder Großindustrieller. Und dieser Kampf, den jetzt der Staat auskämpfen muß wird entscheidend sein dafür, ob Recht und Gesetz im demokratischen Deutschland herrschen soll oder ein halbes Duzend Generaldirektoren und Soudizi. Für unieren Bezirk interessant ist, daß der Führer der radikalen Unternehmergruppe, Herr Generaldirektor Reusch von der Gute-Hoffnungshütte — ein geborener Königsbrunner ist. Schwere Tage stehen der Bevölkerung an Rhein und Ruhr bevor, schwere Tage besonders für die hunderttausend Unorganisierten. Sie müßten durchgekämpft werden, denn nicht um ein paar Pfennige Lohnzulage handle es sich nummehr, sondern es gelte dem Tarif- und Schlichtungsweisen, es gelte dem ganzen Arbeitsrecht Anerkennung zu verschaffen, es gelte aber besonders auch für den Staat, zu zeigen daß er die Macht hat, seinen Gesetzen Achtung zu verschaffen, auch der Schwerindustrie gegenüber.

Reicher Beifall belohnte den Redner. In der darauffolgenden Diskussion kamen verschiedene Redner zum Wort, u. a. der Führer der christlichen Textilarbeiter, Kollege Saile, und der Geschäftsführer Schäfer aus Ualen, welche die Wichtigkeit der Organisation und des Zusammenhaltens betonten.

Am Sonntag, den 11. November war große Hausagitation, die gute Erfolge gezeigt hat. Es ist Pflicht eines jeden Metallarbeiters, daß er an der Hausagitation soweit wie möglich teilnimmt. Darum, auf zur Tat, ihr christlichen Metallarbeiter Heidenheims. Werbt und arbeitet für eure Idee! Huber.

## Bekanntmachung

Sonntag, den 16. Dezember, ist der 51. Wochenbeitrag fällig.

Mit dem Jahresschluß 1928 tritt wieder ein Wechsel in der Farbe der Beitragsmarken ein. Am Sonntag, den 30. Dezember ist der erste Wochenbeitrag für 1929 fällig und sind von diesem Termin an die neuen Beitragsmarken in blauer Farbe mit rotbraunem Aufdruck zu verwenden.

Nach den Beschlüssen unserer Saarbrücker Generalversammlung sind ab 1. Januar 1929 für die Beitragszahlung unserer Mitglieder fünf Beitragsklassen (statt bisher vier) vorgesehen. Entsprechend § 8, Ziffer 2 unseres neuen Verbandsstatuts ist die Einstufung der Mitglieder nach Alter und Beruf genau vorzunehmen. Durch die Zahlung niedrigerer Beiträge wie im Statut vorgesehen, verliert das Mitglied seine Unterstützungsansprüche.

Adressenänderung.

Bremen. Neue Adresse der Leitung: W. Flieger, Bremen, Gartenstraße 1.

## Inhaltsverzeichnis

### Der Deutsche Metallarbeiter. Hauptteil:

Waffenstillstand oder Friede in Nordwest? (G. W.), S. 885. Der Streit in Nordwest und die Öffentlichkeit (Wbr.), S. 887. Die Hüttenarbeiterschaft im Lichte von Nordwest (W. Mauer), S. 888. Agitatorische Folgerungen aus dem Eisenkonflikt (W. Gröne, Essen), S. 889. Der Eisenkonflikt und die politischen Parteien (Karl Duden), S. 890. Konsumvereine und Aussperrung in Nordwest (Konsumverein Wohlfahrt, Altenessen), S. 891. Gedicht: Advent (Charlotte Dahms), S. 892. Um die Neuregelung des gesetzlichen Arbeiterschutzes (H. Kreil, M. d. RWK.), S. 892. Die Lehren aus der Kontinentalen Rohstahlgemeinschaft (Nestor), S. 893. Bezirkskonferenz des Nordischen Bezirks- und Werftarbeiterkampf (P. Koerich), S. 895.

### Unterhaltung:

Lockruf des Goldes (Jack London), S. 895.

### Aus den Betrieben:

Erfolge bei Betriebsratswahlen (R. M.), S. 896. Patscha-Allüren auf dem Neunkirchner Eisenwerk (D.), S. 896. Ein sonderbarer Arbeiterrat (Ez.), S. 897. Schiedspruch in der Elektro-Industrie (Kosick), S. 897. Wertvoller gewerkschaftlicher Rechtsschutz für ländliche Industriearbeiter (Bo.), S. 898.

### Verbandsgebiet:

Berlin (D.); Dillingen (Trautvetter); Gotha (H. K.), S. 899. Oggersheim; Ulm (Ep.); Heidenheim a. Brenz (Huber), S. 900.

### Bekanntmachung:

Seite 900.

Schriftleitung: Georg Wieber — Verlag: Franz Wieber, Duisburg, Stapelfor 17 — Druck: Echo-Verlag und -Druckerei; e. G. m. b. H., Duisburg.